Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Fünfundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 490.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Freitag, 18. Oktober

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Die Stellung Hessens zum Reiche.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt:

In der ersten Sitzung, welche die hessische zweite Kammer nach Wiederaufnahme ihrer Thätigkeit hielt, hat der inzwischen zum Präsidenten des hessischen Gesammtministeriums ernannte hessische Bundesbevollmächtigte Hofmann im Namen der Staatsregierung eine Erklärung über die vom Großherzog ausdrücklich gutgeheißenen Grundsätze abgegeben, nach welchen die Regierung fortan die Verwaltung des Landes zu führen beabsichtigt. Wie billig wurde dabei zunächst das Verhältniß Hessens zum Reiche ins Auge gefaßt. In allen nationalgesinnten Kreisen wird es zur großen Genugthuung gereichen, daß Hessen fortan in einem rückhaltslosen und vertrauensvollen Anschluß an das Reich sein Heil sucht und damit dem Beispiele Badens folgt, welches bisher der einzige von den süddeutschen Staaten war, dem eine volle freudige Hingebung an die großen nationalen Aufgaben des deutschen Gemeinwesens nachgerühmt werden konnte, was sich bekanntlich von Württemberg und Baiern nicht in dem Maße sagen läßt, die vielmehr bei mehr als einer Gelegenheit ihre reservirte Stellung zum Reiche in recht unangenehm empfundener Weise zur Geltung gebracht haben. Für Hessen war noch ein besonderer Grund vorhanden, sich der Aufrichtung des deutschen Reiches zu freuen, weil dadurch jene „Mainlinie" beseitigt wurde, welche von allen deutschen Staaten allein Hessen in zwei Theile zerschnitt, die nun in Bezug auf die Gesetzgebung eine ganz verschiedene Stellung einnahmen, welche nur von Fall zu Fall durch den Abschluß besonderer Verträge, welche die Einrichtung des norddeutschen Bundes auf das bundesfreie Südhessen ausdehnten, mit Mühe ausgeglichen zu werden vermochte. Wegen Beseitigung dieser Kluft hatte Hessen noch eine besondere Veranlassung zur Dankbarkeit gegen das Reich; leider ist diese aber bis zur Ernennung des Herrn Hofmann zum Präsidenten des Gesammtministeriums nicht geübt worden. Hessen war vielmehr auch nach dem Rücktritt des Ministers v. Dalwigk derjenige deutsche Staat, in welchem die leitenden Kreise stets nur mit besonderem Widerwillen dem Reiche gaben, was des Reiches war, und zwar unter dem Einflusse des Bischofs von Mainz, der in Hessen fast die Funktionen eines Mitregenten ausübte, denn daß die Pflichten gegen das Reich von Seiten der hessischen Regierung nur mit Widerwillen geübt wurden, dies geschah in Folge des unseligen Einflusses, welchen jener ehrgeizige Priester sich in allen Zweigen der Verwaltung durch Einschiebung ultramontaner Persönlichkeiten zu verschaffen gewußt hatte. Dieser Einfluß ist jetzt gebrochen; die hessische Regierung wird fortan ihre Pflichten gegen das Reich mit voller freudiger Hingebung an die großen nationalen Aufgaben des deutschen Gemeinwesens erfüllen und in demselben Geiste das ihr durch die Reichsverfassung gewährte Recht der Mitwirkung bei den gemeinsamen deutschen Angelegenheiten ausüben. Hessen wird dabei nicht schlecht fahren, namentlich, wenn es seine eigenen Landesgesetze in dem nämlichen Geiste fortbildet und von den Auswüchsen befreit, welche im Lauf einer langen Mißregierung sich daran angesetzt haben. Einer besonderen Sorgfalt wird in Hessen die Weiterbehandlung der kirchlichen Verhältnisse bedürfen. Das Recht des Staates gegenüber der katholischen Kirche wird, nachdem es durch einen geheimen Vertrag mit dem Bischof von Mainz, welcher niemals die Zustimmung der Kammern erlangt hat, zu einem sehr fragwürdigen geworden, im Wege der Gesetzgebung wieder klar und sicher zu stellen sein. Es wird dafür Sorge getragen werden müssen, daß der bischöfliche Palast zu Mainz nicht länger der Mittelpunkt aller reichsfeindlichen Anschläge ist. Wenn die hessische Regierung sich selber nicht die nöthige Stärke zutraut, um hier mit Erfolg durchzugreifen, so wird das Reich ihm seinen Arm leihen und dem Bischof von Mainz die geziemende Botmäßigkeit gegen die Staatsgewalt in eindrücklicher Weise einschärfen. Die hessische Regierung, einschließlich des Großherzogs, wird nachgerade die Ueberzeugung gewonnen haben, daß, wenn nun einmal die frühere Souverainetät in ihrem vollen Umfange sich nicht mehr aufrecht erhalten läßt, es immerhin vortheilhafter für Fürst und Land ist, sich an das Reich rückhaltlos anzuschließen, anstatt sich zum Werkzeug ultramontaner Ränke zu machen und in geheimer Fühlung mit allen möglichen reichsfeindlichen Elementen, durch Kundgebung von Widerwillen und Widerstand gegen die vom Reiche ausgehenden Gesetze und Einrichtungen den Schein einer „selbstständigen Politik" zu erkünsteln. Vor Allem in der großen Frage, welche gegenwärtig Deutschland bewegt, muß das Reich Jeden, der nicht offen zu ihm steht, sondern mit dem Ultramontanismus Fühlung unterhält, zu seinen Feinden zählen wird, und im gegebenen Falle ihn unter diesem Gesichtspunkt zu behandeln haben. Es ist gut, daß diese Ueberzeugung sich allgemein Geltung verschafft, weil dadurch die Lage sich klären muß und die Entscheidung im Kampfe schneller herbei geführt werden wird.

Ultramontane Geständnisse.

Die „Augsburger Postztg." hat unlängst über den neugegründeten Katholikenverein eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, in welchem die Pläne und Ziele der ultramontanen Internationale recht offenherzig dargelegt sind:

„Mit demselben Tage — schreibt die „Postztg." — wo der moderne Staat wie die Napoleonssäule unter den Keulenschlägen der Kommune zusammenbricht, wird die ungeahnte soziale Macht des Katholizismus sich entfalten. Derselbe Glockenschlag, der die Todesstunde des modernen Staates verkündet, wird das Festgeläute der Freiheit der katholischen Völker, denn in demselben Augenblicke sind die Fesseln gebrochen, die sie bis dahin zur politischen Unthätigkeit und Machtlosigkeit verdammten; denn es giebt keine berechtigte Autorität mehr; .... los und ledig jeder Unterthanenpflicht sind die zahlreichen katholischen Elemente zur eigenen Selbsthilfe berechtigt. Es ist ein großes Glück, daß der moderne Konstitutionalismus durch sein politisches Vereinsrecht den Katholiken Gelegenheit bot, allmälig Fühlung zu gewinnen, und was auf kirchlichem Boden ihnen verwehrt war, auf dem politischen in Wahlversammlungen und Deputirtenkammern zu erreichen. Die ganze katholische Welt ist in Bewegung, die nach allen Richtungen hin in steigender und schwellender Kraft sich ausdehnt. Die Vereine, Kasinos, Wanderversammlungen, öffentlichen Wallfahrten, die katholischen Fraktionen in den Kammern und Landesvertretungen, die Wahlversammlungen, der Peterspfennig, die Adressen an den heiligen Vater und die pflichttreuen Bischöfe, die katholische Literatur, Tagesblätter und Zeitschriften, die stündlich sich mehren, sind Erscheinungen, welche das Herz aller Katholiken mit hoffnungsvoller Freude begrüßt. Gottlob! die Katholiken sind ringsum bereits auf der politischen Schaubühne erschienen. Die Katholiken aller Welttheile sind insbesondere durch die providentiellen Geschicke des Papstthums, durch unsern unsterblichen Pius zu einer Bruderfamilie verschmolzen, die, einig in ihren Prinzipien, ihren Sympathien und ihren Programmen, eine geistige Phalanx bildet, welche Schild an Schild gereiht, den Erdball umschließt. Die Katholiken der Welt sind eins, wie in ihrem Glauben, so auch in ihrem Oberhaupte, dem Papst. Und wenn irgend etwas diese geschlossene Einheit und diamantene Festigkeit erprobt hat, so war es der mit dem Unfehlbarkeitsdogma entbrannte Geisterkampf. Die Glaubenstreue der Katholiken hat sich bewährt, aber nirgends glänzender als gerade in den romanischen Ländern."

Das „Passauer Tageblatt", welches allgemein und unwidersprochen als Organ des Bischofs Heinrich gilt, macht auf diese Expektorationen anfmerksam; der Artikelschreiber des „Tageblatt", dessen „Herz dieser Feldzugsplan mit Grauen und Bangen" erfüllt, sagt:

„Nach dieser Auseinandersetzung über die Ziele und Pläne der Katholikenvereine noch Glossen zu schreiben, halte ich für überflüssig. Wer dies liest, versteht es wohl! Als die Deutschen in der Festung Laon einzogen, wurde dieselbe von den Franzosen in die Luft gesprengt; bei diesem Streich büßten jedoch mehr Mobilgarden als Deutsche ihr Leben ein. Jene Parteimänner, welche es kaum erwarten können, die jetzige Welt in die Luft fliegen zu sehen — denn die Minen sind gelegt und die Leute zum Sprengen sind bereit — mögen Obacht geben, daß sich bei diesem Sprengen der Welt nicht das Unglück von Laon wiederholt."

Indessen wie wenig Einfluß im ultramontanen Lager die gemäßigten und vernünftigen Stimmen haben, das haben wir oft genug gesehen, das ist uns besonders bei dem Zustandekommen des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit klar geworden, das hat uns jetzt wieder die Fuldaer Bischofsversammlung gelehrt.

Wir können noch ein anderes Beispiel für die Reichsfreundlichkeit der Ultramontanen aufweisen. In dem „Volksboten" plaidirt ein altbaierischer Klerikalpatriot offen für das Bündniß mit den Franzosen gegen das Reich und Preußen. Derselbe schreibt gegen ein entschieden partikularistisches, aber den Bund mit dem Ausland für jetzt noch verschmähendes Münchener Organ:

„Der „Freie Landesbote" will nichts von Frankreich, nichts von Rom und auch nichts von fremder Unterstützung wissen; derselbe muß aber doch begreifen, daß gerade diese Faktoren unter demselben Drucke seufzen, wie wir, und daß Alle dasselbe wünschen, wie der „Freie Landesbote", nämlich vom preußischen Joche wieder befreit zu werden. Andere noch freie Mächte, welche mit uns stehen und fallen, sollten daher nicht als Alliirte verschmäht werden, wenn man ernstlich die Absicht hat, Preußen zurückzudrängen, was wir allein absolut nicht thun können. Vernünftiger Weise müssen daher andere Allianzen angeknüpft werden, oder man macht sich, wie seither, vor aller Welt lächerlich."

Wir sind gespannt darauf, ob die gemäßigt klerikalen Blätter den Muth zum Protest gegen diese Offenherzigkeit haben werden? Freilich erklärt noch der Fuldaer Hirtenbrief die deutschen Klerikalen nicht für das verantwortlich, was einzelne „rücksichtslose" Organe „eines berechtigten oder unberechtigten Partikularismus" gegen das deutsche Vaterlandsgefühl sündigen; aber wer mag den Herren so recht glauben, wer sagt uns, daß sie nicht später einmal erklären, ihre Verdammung dieser Richtung sei nur aus „Opportunität" erfolgt, so wie sie zum Theil die Unfehlbarkeit nur als „Opportunität" bekämpft haben.

Die klerikale „Union" äußert sich über Rußland und Polen gleichzeitig mit gewissen polnischen Organen und in solcher Uebereinstimmung mit denselben, daß die Vermuthung nahegelegt wird, es sei von einer Stelle her, die für Polen wie für Ultramontane Bedeutung hat, die neue Losung ertheilt. Wir geben im Folgenden eine Probe:

„Rußland sagt sich nicht los von Frankreich .... Und seine Macht? Sie ist — sollen wir es sagen? — die Macht, welche es in seiner mit Rücksicht auf Polen, und wir fügen hinzu, mit Rücksicht auf die katholische Kirche veränderten Politik finden würde.

Es ist dies kein phantastisches Paradoxon, sondern eine reiflich überlegte Behauptung, der es indeß an Opportunität gebrach, um zum Durchbruch zu gelangen. Die in das Reich übertragene (transfusée) polnische Idee ist wie eine Erneuerung Rußlands; ist sie nicht auch eine Art von Auferstehung Polens? Wagen wir es gleichwohl zu denken, daß diese Chimäre groß und schön ist, und daß es darin Aussichten auf Ehre und Macht für Rußland gibt.

Welche Laster Rußland in sich auch nähren möge, so ist es darum doch nicht weniger ein christlicher Staat, der einzige vielleicht in der ganzen Geschichte, in welchem das Schisma das Christenthum im Herzen der Bevölkerung nicht erstickt hat. Der Pater Schowaloff hat uns in Bezug darauf überraschende Enthüllungen gemacht; wir kennen die zerstörenden Sekten der russischen Kirche: Wir kennen die Herabwürdigungen einer priesterlichen Hierarchie, die sich nicht in einem höchsten Seelenhirten gipfelt; wir kennen diese jämmerlichen Erbärmlichkeiten, aber gleichzeitig bewundern wir den von der Universalkirche ererbten Glauben, und nur schwer begreifen wir den doktrinären Punkt, welcher den Metropolitan Philaret von Moskau von den katholischen Doktoren trennt, welche die Religion kraft der Erleuchtung und der Anweisung des ersten aller Hirten lehren, welcher der Papst ist.

Was wollen wir sagen? Daß Rußland dem Papstthum näher steht, als viele Staaten, welche nur katholisch sind, um dem Papste als Kirchenlehrer den Krieg zu machen und besonders näher als jene, welche, dem Namen nach katholisch, den Papst dem barbarischen Hasse der Atheisten preisgeben. Was wir sagen wollen ist, daß Rußland, indem es sich den meisten Regierungen Europas, welche einen unbarmherzigen Krieg gegen das Papstthum führen, gegenüberstellt, sich dadurch einer moralischen Gewalt bemächtigt, welche es auf die erste Stufe der christlichen Staaten erhebt. Das ist zweifellos neu, was wir da sagen! Aber, was gibt es Neueres, als die europäische Zivilisation mit Gesetzen und Verbrechen gegen die Kirche bewaffnet zu sehen? Die Zivilisation will Barbarei sein! Und, um auf Hrn. von Bismarck zurückzukommen, so bewirbt sich gerade in ihm der Skeptizismus um die Popularität der europäischen Parteien, welche nur an die Gewalt glauben. Rußland lebt und Frankreich ist nicht todt; mögen beide sich den hohen Gesetzen der Politik, den schützenden Gesetzen der Ordnung und der Freiheit aller Staaten wieder anschließen ....

Und, um nur von Rußland zu sprechen, so denken wir, daß ein ganz unvorhergesehener Umstand diesem Lande jeder Zeit seine für jetzt unterbrochene, doch nicht gebrochene Geltung zurückgeben kann. Es genügt dazu das Erwachen der russischen Nationalgefühle, welche nächst dem Kaiser Alexander im Kaiser Nicolaus am Herrlichsten verkörpert waren. Diese Gefühle halten mehr als man es geglaubt hat, auf die christliche Einigkeit in der Welt. Sie zeigten sich in Rom mit Glanz, als der Kaiser Nicolaus auf die Kuppel der St. Peterskirche wie eine Weissagung die Worte schrieb: „Hier hat der Czar für das heilige Rußland gebetet." Wirklich eine bewunderungswürdige Weissagung, wenn er eine Zeit vorhersagte, in welche man darunter die Worte schreiben darf: „Hier betet der Papst jederzeit für das katholische Rußland und segnet das Gebet des Czaren als das Gebet seines Sohnes."

Deutschland.

△ **Berlin**, 17. Oktober. In Elsaß-Lothringen zerfallen bisher die Vertreter der Parteien im Prozesse in zwei durch Beruf und Ausbildung wesentlich verschiedene Stände, deren Thätigkeit nach der bestehenden Gesetzgebung nicht in einer Person vereinigt werden kann: die Anwaltschaft und die Advokatur. Es wird jetzt von Seiten der Reichsregierung die Vereinbarkeit beider angestrebt, und es ist bereits eine entsprechende Gesetzvorlage an den Bundesrath zur Beschlußfassung gelangt. Danach kann künftighin jeder Advokat zum Anwalt, der Anwalt, wenn bei ihm die gesetzlichen Vorbedingungen zutreffen, zum Advokaten ernannt werden. — Schon vor einiger Zeit konnte ich Ihnen mittheilen, daß die von dem Finanzminister vorbereitete Steuer-Reform eine gegen die frühere Fassung wesentlich veränderte Gestalt haben werde. Näher erfahre ich jetzt, daß es sich bei den Vorschlägen des neuen Entwurfs nicht allein um eine umfassende Entlastung in Betreff der Klassensteuer, sondern auch um eine Regelung derselben im Zusammenhang mit der Einkommensteuer handeln werde. Ueberdies wird die Frage über die Schlacht- und Mahlsteuer, welche bekanntlich bei den früheren Erörterungen im Landtage zu wesentlichen Meinungsverschiedenheiten Veranlassung gab, nicht berührt werden. — Der Korrespondent, dessen Nachricht über die Etatsberathung im Staatsministerium ich schon mehrfach zu berichtigen hatte, hält seine erste Meldung noch immer fest, indem er behauptet, allerdings seien bereits die Spezial-Etats im Staatsministerium erörtert worden, da es sich um die Regelung der Anforderungen der einzelnen Ressorts von Seiten des Finanzministers gehandelt habe. Auch dies ist wieder unrichtig, denn die hier erwähnte Regelung hat schon weit früher bei der ersten Aufstellung des Etats durch kommissarische Berathungen der einzelnen Ministerien mit dem Finanzminister stattgefunden. Diese abermalige Berichtigung ist deshalb von um so größerem Gewicht, weil mit der Angabe des erwähnten Korrespondenten die Behauptung verbunden war, daß von Seiten des Finanzministers eine Ablehnung der Forderungen des Kultusministers erfolgt sei. Da die behauptete Regelung der Forderungen der einzelnen Ressorts im Staatsministerium nicht stattgefunden hat, so zerfällt auch diese letztere Angabe in Nichts. — Wie ich höre, wird wahrscheinlich noch vor dem Wiederzusammentritt des Landtags die Berufung einer Anzahl neuer Mitglieder des Herrenhauses von Seiten der Krone erfolgen.

⊙ **Berlin**, 17. Oktober. Die Leichenfeier zu Ehren des Prinzen Albrecht wird, wie man uns mittheilt, nach folgendem Arrangement vor sich gehen. Im Palais des Prinzen findet morgen, Freitag Abends ein Trauergottesdienst statt, an welchem nur die königliche Familie und die Beamten nebst der Dienerschaft des Prinzen Theil nehmen. Nach beendetem Gottesdienst wird die Leiche nach dem königlichen Schlosse gebracht, wo sie bis zum Sonnabend Vormittag verbleibt. In der Schloßkapelle wird ein Gottesdienst abgehalten, dem die Mitglieder der königlichen Familie, die Staatswürdenträger, die Generalität, die Gesandten, die Vertreter der Stadt Berlin und ein geladenes Publikum beiwohnen. Vom Schloß wird alsdann der Sarg, von zwölf Garde du Corps-Offizieren getragen, nach dem Dom übergeführt, wo die interimistische Beisetzung der Leiche erfolgt. Des Verstorbenen Begräbniß erfolgt unter den einem Prinzen und Feldmarschall zustehenden Ehrenerweisungen. In der Domkirche verbleibt der Sarg bis zum Abend, und zu später Stunde wird dann, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, die Leiche, die nicht einbalsamirt worden ist, vom Dom die Linden entlang nach Charlottenburg gefahren, woselbst der Sarg im Mausoleum Aufnahme findet, unweit der Stelle, an welcher des Prinzen Eltern, Friedrich Wilhelm III. und die Königin Louise, ruhen. Die Ausstellung der Leiche findet nicht statt, überhaupt soll die ganze Feier in allergrößter Geräuschlosigkeit vor sich gehen, ganz den Wünschen des Verstorbenen entsprechend. Der Kaiser trifft hier morgen Vormittags um 10 Uhr ein. Des Kronprinzen Geburtstag wird morgen in keiner Weise gefeiert. Der Prinz hat bestimmt, daß auch jede Gratulation unterbleibe. Hierher kommandirt ist eine Deputation des Regiments, dessen Chef Prinz Albrecht war; in gleicher Weise wird ein russisches Regiment vertreten sein.

BAC. In einigen Blättern werden Berathungen darüber angestellt, welche Chancen die Mitglieder des Präsidinms des Abgeordnetenhauses, namentlich der erste Vizepräsident, Herr von Köller, bei der Neuwahl haben möchten. Es genügt dem gegenüber darauf hinzuweisen, daß, da es sich nur um die Fortsetzung einer

Session handelt — bis jetzt liegt wenigstens keine Andeutung vor, daß die Regierung die Eröffnung einer neuen Session beabsichtige — eine Neuwahl des Präsidiums überhaupt nicht stattfindet. Nach § 9 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses werden der Präsident und die beiden Vizepräsidenten zu Anfang einer Legislaturperiode das erste Mal auf 4 Wochen, dann aber für die übrige Dauer der Session gewählt; in den folgenden Sessionen einer Legislaturperiode erfolgt die Wahl sofort für die ganze Dauer der Session. Dieser Fall liegt aber vor. Im Herrenhause ist die Neuwahl des Präsidenten nur durch den zufälligen Umstand veranlaßt, daß Graf Eberhard zu Stollberg-Wernigerode, welcher früher dieses Amt bekleidete, gestorben und also an seiner Stelle ein anderes Mitglied zum Präsidenten zu wählen ist. — Seit unserer letzten Mittheilung sind von den 7 damals erledigten Mandaten zum Abgeordneten nur drei durch Neuwahlen besetzt worden: 1) Im 3. Berliner Wahlbezirk durch die Wahl des Geh. Reg.-Rathes a. D. Kerst, welcher früher bereits, bis zu den Neuwahlen im Sommer 1866, dem Abgeordnetenhause, damals für die beiden Pringnitzer Kreise, angehört hatte. 2) und 3) im ersten und zweiten schleswigschen Wahlbezirk, wo die bisherigen „dänischen" Abgeordneten Krüger und Ahlmann, wie schon öfter, wiedergewählt worden sind. Zu den 4 erledigten Mandaten ist ein fünftes hinzugetreten, indem Graf Dohna-Kotzenau am 13. Oktober gestorben und dadurch einer der drei Sitze für die Stadt Breslau zur Erledigung gekommen ist.

— Nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges trat an die deutschen Pflege-Vereine die Mahnung und Aufgabe heran, ihre Thätigkeit auf die Verhältnisse des Friedens überzuführen, um ihre Wirksamkeit nicht erlöschen zu lassen und ihre Organisition unter einander sich für alle etwaigen zukünftigen Kriegsfälle aufrecht zu erhalten. Das deutsche Central-Komite hat die Sache in die Hand genommen und einen Plan für die Friedensthätigkeit aufgestellt. Dasselbe hat dabei die Beschlüsse, welche zu Nürnberg gefaßt worden sind, zu Grunde gelegt. Das Elaborat liegt zur Zeit der Kaiserin zur Genehmigung vor. Es geht über die Nürnberger Beschlüsse hinaus und macht die Friedensthätigkeit der Vereine zu einer sehr umfassenden.

— Der Bischof von Straßburg hat am 14. Okt. in Baden-Baden bei dem Kaiser eine Audienz gehabt. Darüber schreibt die ultramontane „Deutsche Reichszeitung":

„Man glaubt, Bischof Näß werde dem Kaiser die traurige Lage des Elsasses vortragen und besonders zu bewirken suchen, daß einige fatale Maßregeln, die während der Diktatur getroffen wurden, aufgehoben werden. Die Elsässer hängen sehr an ihren Schulbrüdern und Schulschwestern; sie möchten ferner ein freies Preßorgan besitzen, um ihre Interessen zu vertreten. Sie begehren außerdem, daß, wenn die Regierung die Jesuiten vertrieb, doch wenigstens die Ligorianer und Trappisten ihnen gelassen werden. Solche Begehren soll, wie verlautet, Bischof Näß, dem das katholische elsässische Volk sehr zugethan ist, dem Kaiser ans Herz legen. Wir wollen hoffen, daß dem unglücklichen Elsaß wenigstens eine Linderung in Folge dieses Besuches zu theil werde. Nach der Audienz hat Bischof Näß beim Kaiser dinirt."

Der Kaiser hat bekanntlich schon einmal in Ems jedes persönliche Eingreifen in die gesetzlich geordneten Verhältnisse sehr bestimmt zurückgewiesen.

Schleswig, 14. Oktb. Gelegentlich der kürzlich erfolgten Verhaftung des sozial-demokratischen Agitators Stoer aus Kiel kam es zu tumultuarischen Auftritten, in Folge deren gestern Morgen noch weitere 5 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Münster, 15. Oktober. Auch die hiesige Niederlassung der Jesuiten ist jetzt aufgelöst und den Jesuiten jede priesterliche Thätigkeit untersagt worden. Dieses Verbot, welches den Jesuiten persönlich kein Haar krümmt, ist Anlaß eines Protestes geworden, welcher mit folgenden ebenso pathetischen als der Grundlage entbehrenden Sätzen endet:

„Aerger als die ärgsten Verbrecher gemaßregelt, aus unseren Häusern vertrieben, ohne Schutz und ohne Recht jeglicher Willkür preisgegeben, in unserer bürgerlichen Ehre tief gekränkt, unserem Lebensberuf gewaltsam entrissen, unserer Subsistenzmittel beraubt — legen wir unsere Zukunft mit vollstem Vertrauen in die Hände dessen, zu dem die unterdrückte Unschuld noch nie umsonst gefleht hat."

Aus Mecklenburg-Schwerin schreibt man der „W. Z.":

Die Entvölkerung unseres Landes scheint abermals zuzunehmen, es wird die diesjährige Herbstauswanderung in den öffentlichen Blättern auf 8000 Seelen berechnet; sie beruht wesentlich auf 2 Punkten, der Unmöglichkeit, zu kleinem Grundbesitz zu gelangen, welche die etwas wohlhabenderen Tagelöhnerfamilien forttreibt, und dem Patrimonialgerichtswesen mit seinem ganzen üblen Erfolge. In dieser Beziehung ist zu erwähnen, daß offiziös in jüngster Zeit auseinandergesetzt wird, daß in Mecklenburg das Landesstrafrecht in Betreff der Bestrafung der Dienstvergehen der Dienstleute nicht durch das Deutsche Strafgesetzbuch aufgehoben sei, insofern es auf einem anerkannten Gewohnheitsrechte beruhe. Solch ein Dienstvergehen ist namentlich Arbeitsverweigerung gegen den Gutsherrn und die Polizeistrafrecht übende Ortsobrigkeit ist ebenfalls die Gutsherrschaft.

Ratzeburg, 15. Oktober. Das gesammte hiesige Regierungs-Personal ist, wie dem „Hamb. C." telegraphisch gemeldet wird, zu Neujahr gekündigt und wird von da an auf Wartegeld gesetzt. Ein Verzeichniß der künftig zu besetzenden Stellen ist ihm mitgetheilt, um seine Wünsche zu vernehmen.

Darmstadt, 13. Oktb. Wie die „Mainzeitung" schreibt, ist in Betreff des Religions-Unterrichts an Gymnasien und Schulen eine für die religiöse Freiheit höchst wichtige Prinzipienfrage zur Entscheidung gekommen. Der Großherzog hat nämlich in einem Falle, in welchem die Theilnahme eines der unirten Gemeinde angehörenden Schülers des hiesigen Gymnasiums an dem Religionsunterricht des orthodox-lutherischen Lehrers verweigert wurde und die Schul- und Kirchenbehörden das Gesuch um Dispensation wegen der obligatorischen Natur des Religions-Unterrichts abgelehnt hatten, diese Dispensation unter der Bedingung des Nachweises, daß der Schüler überhaupt einen ordnungsmäßigen Religionsunterricht genieße, ertheilt.

München, 12. Oktb. Statutengemäß hat alljährlich eine Delegirten-Versammlung des Landesvereins der Altkatholiken Baierns in München stattzufinden. Die diesjährige wird am Sonntag, 27. Oktb., abgehalten werden. Auf denselben kommt die definitive Fassung der jetzt noch provisorischen Statuten, mit Rücksichtnahme der Beschlüsse des Kölner Kongresses, zur Berathung; auch wird eine straffere Vereinsorganisation in Anregung gebracht werden. — In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts für Oberbaiern wurde der Redakteur des „Volksboten" Zander wegen Beleidigung des Münchener Handelsgerichts in eine Festungsstrafe von 3 Monaten verurtheilt.

Straßburg, 11. Okt. Wie die offiziöse „Els. Korrsp." vernimmt, schweben zur Zeit Berathungen über eine durchgreifende Reform der Wein- und Branntweinsteuer in Elsaß-Lothringen. Die in Aussicht genommene Grundlage dieser Reform soll die sein, daß die bisherigen Weinsteuern, mit Ausnahme der Zirkulationssteuer, also: die Detailsteuer, Eingangssteuer und taxe unique sowie die Konsumtionssteuer von Branntwein gänzlich aufgehoben werden sollen, und an Stelle, derselben lediglich vom Traubenwein eine Zirkulationssteuer von gleichmäßig 5 Franken per Hektoliter, vom Obstwein eine solche von 1 Fr. per Hektoliter erhoben, für den Branntwein dagegen die Fabrikationssteuer nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 8. Juli 1868 eingeführt werden soll. Auch die Banntweinsteuer soll bedeutend mäßiger werden, als nach der gegenwärtigen Gesetzgebung. Dagegen wird die bisherige Steuerfreiheit der Eigenbrenner (bouilleurs de crû) beseitigt und die Ermäßigung der Steuer von Wein und Branntwein wird das Aequivalent hierfür bilden.

Metz, 14. Oktober. Eines der größten Uebel, an welchem wir hier in unserem Südwestdeutschland leiden, besteht, wie man der „Z. f. L." schreibt, unstreitig in der argen Münzverwirrung, die nicht nur störend in Handel und Wandel eingreift, sondern auch materielle Verluste verursacht, an welche sich zuletzt der Handel ebenso gewöhnen müßte, wie der Oesterreicher an das Schwanken der Valuta.

Gewöhnt an das sehr einfache französische Münzsystem, neben welchem man nur an den äußersten Grenzen den Thaler und Gulden als höchst unbequemen Fremdling ansah und nicht recht mit ihm umgehen konnte, ist seit anderthalb Jahren eine Unmasse des verschiedenartigsten Metall- und Papiergeldes hier eingeströmt, das dem Lande vordem gänzlich unbekannt war, dessen Werth und Sicherheit man nicht kannte und das die Leute am Ende doch annehmen mußten, wenn sie überhaupt Geld erhalten und Geschäfte machen wollten. Gegen die mannigfachen Uebelstände und Verluste schützt uns aber kein Gesetz und keine Behörde, denn es fehlt darüber bekanntlich noch an einer entsprechenden Gesetzgebung in Deutschland und es könnte bis dahin, wo solche vom Reiche geschaffen wird, nur etwa dadurch vorgesorgt werden, daß man die Reichskassen mit Anweisung versähe, das deutsche Staatspapiergeld an Zahlung anzunehmen, um es dann etwa durch die Zoll- und Reichskassen mit dem ausgehenden Staate in Austausch zu bringen, sowie alle Banknoten im Reichslande zu verbieten, wofür nicht die betreffenden Banken besondere Einlösungs-Comptoire in Straßburg und Metz errichtet haben und durch dieselben die Einlösung unbeschränkt besorgen lassen.

Oesterreich.

Wien, 15. Oktober. Die Minister, welche in Pest anwesend waren, sind heute von dort zurückgekehrt. Man versichert, daß das gute Einvernehmen derselben mit der Verfassungspartei wiederhergestellt sei. Nicht verhehlen kann man sich indessen, daß es unklug war, die Regierung bei der Abstimmung in der Militärpräsenzfrage auf die Hülfe der Gegner anzuweisen. Diese werden jetzt, wo es sich um die Wahlreform und die konfessionellen Gesetze handelt, den der Regierung geleisteten Dienst gewiß geltend machen, und die Einführung der erwähnten liberalen Reformen wird gewiß größere Schwierigkeiten kosten, wie es denn auch von der Verfassungspartei, die so gern die polnische Ausgleichsfrage für immer eingesargt wissen möchte; seltsam war gerade jetzt eine Lage zu schaffen, die den Polen die Möglichkeit bietet, sich darauf zu berufen, daß die Regierung bei der Abstimmung in der Delegation ihrer Hülfe bedurfte und diese auch gefunden hat. (A. A. Ztg.)

Schweiz.

Bern, 13. Oktober. In der „Züricher Presse" gibt Stanisiaus Krupski, Redakteur des „Glos Polski", betreffend die Proteste sämmtlicher polnischen sozial-demokratischen Vereine gegen die Auslieferung des Russen Netschajew an Rußland, eine Gegenerklärung ab, welche nicht ohne Interesse ist.

Nachdem diese Erklärung mit dem Nachweise begonnen, daß der Kommunismus über die in Rußland dominirende Nation der Großrussen allgemein verbreitet und alle ihre Institutionen durchdringt, während die polnischen Kriege gegen Rußland den reinen Stempel des Individualismus tragen, worin auch die Unmöglichkeit einer Verschmelzung der Polen mit den Russen liege, lautet dieselbe dann weiter: „Dieser vom Vater auf den Sohn, von der Mutter auf die Tochter, von Jahrhundert zu Jahrhundert überlieferten Tradition getreu, schaudert man bei uns zu Lande vor Allem zurück, was nur den Schein des Kommunismus, der Sozialdemokratie und wie sonst alle die Mißgeburten des 19. Jahrhunderts heißen mögen, an sich trägt.... Erst in diesem Jahre wurde hier in Zürich von einem gewissen Stempowski eine aus etwa 5–6 Polen bestehende Gesellschaft gegründet, die sich den Namen „Sozialdemokratischer Verein" beilegte und nebst den bekannten Zielen der Internationalen auch noch die Vereinigung der Polen mit den Russen zu erreichen sich bestreben sollte. Die Verhaftung Njetschajew's hat nun Jedermann aufgeklärt, was eigentlich Stempowski mit der Gründung jenes Vereins, gegen welchen die polnischen Flüchtlinge wie auch sämmtliche polnische Blätter mehrmals protestirt hatten, bezweckt. Seine eifrigsten Anhänger haben ihn als russischen Agenten und Denunzianten verurtheilt und auf diese Weise nur den Richterspruch bestätigt, welchen vor etwa vier Jahren die in Zürich wohnhaften polnischen Flüchtlinge gegen denselben erlassen hatten. Anstatt aber auch die Gesellschaft, welche er ins Leben gerufen, aufzulösen und sich nun der polnischen Gesellschaft, welche weder mit der Sozialdemokratie, noch viel weniger mit den Russen etwas zu schaffen hat, anzuschließen, treiben die paar von ihm bethörten polnischen Arbeiter ihr Unwesen fort und ließen jüngst von den Russen, die um

---

Theater.

Die gestrige Aufführung der Grillparzer'schen „Ahnfrau" war insofern von Interesse, als sie uns Gelegenheit bot, unser Schauspiel-Personal sich zum ersten Mal in der begonnenen Saison auf hohem Kothurn bewegen zu sehen. Ueber das Stück können wir uns füglich jeder Aeußerung enthalten. Die Schicksaltragödie, dieser Auswuchs romantischer Verschrobenheit, ist bereits seit einem halben Jahrhundert überwunden, und wenn uns von Zeit zu Zeit noch die eine oder andere vorgeführt wird, so ist dafür kein eigentlich stichhaltiger Grund ersichtlich. Frl. Junige bewies uns mit ihrer „Bertha", daß sie für das Drama ernsten Styls entschieden mehr Begabung besitzt, als für das Konversationsstück. Das Empfindungselement kam an mehr als einer Stelle recht glücklich zum Durchbruch, und wenn sie größere Gewalt über ihr Geberden- und Mienenspiel zu erlangen vermag, werden ihre Gestalten künstlerisch sein. Dagegen weist Herrn Wehn sein ganzes Naturell in die Sphäre der bürgerlichen Komödie. Die Leidenschaft, die er als „Jaromir" zur Schau stellte, war unwahr. Dazu überstürzte sich seine Rede in diesen Momenten des Affekts derartig, daß nichts als ein verworrenes Durcheinander von Sylben zu Tage trat. Sehr gut spielte Hr. Korb seinen „Soldaten" und auch Hr. Francke fand sich mit seinem Grafen „Zdenko" besser ab, als wir von einem Komiker erwarten durften. E.

William Seward.

Wien, 14. Oktober.

Vor vier Tagen starb zu Auburn im Staate Newyork, einundsiebzig Jahre alt, einer der besten Männer Nordamerikas. Sein Name ist eingetragen in die Geschichte seines Vaterlandes, und noch in später Folgezeit werden die Bewohner der großen Republik, wenn sie von dem gewaltigen Bürgerkriege erzählen, mit Lincoln zugleich seines Ministers William Henry Seward gedenken, des klugen, umsichtigen Staatsmannes, der in der schwersten Zeit der Union, ein treuer, selbstloser Helfer und Berather, dem schlichten Präsidenten zur Seite stand und mit ihm in edler Hingebung für das Wohl der Heimath wetteiferte. Seward wird nicht vergessen werden; er ist mit der Geschichte des Riesenkampfes, in welchem Washington's Schöpfung um ihr Dasein rang, zu innig verwachsen, als daß ihm ein Denkmal im Herzen seines Volkes versagt werden könnte.

Seward wurde am 16. Mai 1801 in Florida im Staate Newyork geboren und war väterlicherseits von wallisischer, mütterlicherseits von irischer Abkunft. Sein Vater war Arzt und Kaufmann zugleich, erwarb sich ein bedeutendes Vermögen und setzte sich zur Ruhe. Er wurde indessen von seinen Mitbürgern aus seiner Ruhe hervorgezogen, indem er zum ersten Richter der Grafschaft Orange erwählt wurde, wo die Familie ihren Wohnsitz hatte. Der Sohn William Henry erhielt seine vorbereitende Schulbildung in Gohsen und bezog dann in seinem 15. Jahre die akademische Anstalt Unione College. Während seiner Universitätsstudien ging er auf 6 Monate als Lehrer nach Georgia, wo er die Sklaverei aus persönlicher Anschauung kennen lernte und eine Abneigung gegen dieselbe einsog, die ihn nicht wieder verließ und im späteren Leben zu einem der aufrichtigsten und unversöhnlichsten Gegner der Sklaverei machte. Nachdem er promovirt hatte, trat er im Jahre 1822 in den Advokatenstand ein und begann ein Jahr später die praktische Thätigkeit eines Rechtsanwalts in seiner Vaterstadt Auburn. Im Jahre 1824, wo er die Tochter des Richters Miller heirathete, stürzte er sich schon in das Getriebe der Politik und hat beinahe von dem Augenblicke an, als er in das öffentliche Leben eintrat, die Sklaverei mit aller Entschiedenheit bekämpft. Er war damals ein junger, wenig bekannter Advokat, aber die Kühnheit seines Auftretens verschaffte ihm bald Ruf und Ehre. Schon mit neunundzwanzig Jahren ward er in den Senat seines Heimathsstaates gewählt; das Jahr 1838 sah ihn bereits als Gouverneur. Immer ging er gerade aus, sein Ziel: die Abschaffung der Sklaverei, unverrückt im Auge. Er scheute keine Gefahr und trotzte der öffentlichen Meinung mit unbeugsamer Entschlossenheit, wo es sich darum handelte, Angeklagte zu vertheidigen, die fliehenden Sklaven Schutz gewährt oder die weitere Flucht ermöglicht hatten. Freiwillig, ohne jede Entschädigung, pflegte er solche Vertheidigung zu führen, und seine glänzende Beredtsamkeit siegte nicht selten über die eingewurzelten Vorurtheile der Richter.

Als unversöhnlichster Gegner der Sklaverei kam Seward 1849 in den Washingtoner Senat. Er ragte bald auf dem großen politischen Kampfplatze ebenso hervor, wie daheim in New-York und ward neben Sumner der Hauptstreiter der Abolitionisten. Er organisirte die republikanische Partei, die sich allmälig aus den früheren Whigs bildete, er gab die Losung aus: Fort mit der Sklaverei! Nieder mit den übermüthigen Baumwollpflanzern der Südens! Mit starker Mehrheit stellte ihn im Jahre 1860 die republikanische Konvention von Chicago als Präsidentschafts-Kandidaten auf; Seward selbst aber trat zu Gunsten Lincolns zurück und bot in musterhafter Entsagung seinen ganzen Einfluß für dessen Wahl auf; Lincoln dankte ihm, indem er ihn sofort zum Minister des Auswärtigen ernannte. Sie paßten vortrefflich zusammen, der einfache Mann aus dem Westen und der feine, trefflich in allen politischen Geschäften bewanderte Newyorker — vereint führten sie das Schiff, das ihrer Leitung anvertraut war, durch die furchtbare Brandung, vereint arbeiteten sie an der Rettung des Vaterlandes.

Es ist nicht selten, daß ein Politiker nur so lange Achtung und Beifall verdient, als er sich unter den Volksvertretern befindet, beide aber an der Schwelle zurückläßt, wenn er in ein Minister-Hotel übersiedelt. Seward kann die Geschichte das Gegentheil nachrühmen; er wuchs mit seinen Zwecken und leistete sein Bestes als Minister. Seine meisterhaften Depeschen an die englische Regierung wegen der Unterstützung der südstaatlichen Rebellen, an die französische wegen Mexikos, erregten allenthalben Bewunderung. Mit unerbittlicher Schärfe rügte er die Nichtachtung der Neutralitätspflichten, die sich England zu Schulden kommen ließ; seine an den amerikanischen Gesandten in Paris gerichteten Noten trieben die französische Armee aus Mexiko fort. „Wir würden es", schrieb er am 6. Dezember 1865, „für unrecht und unweise halten, wenn die Vereinigten Staaten den Versuch machen wollten, monarchische Regierungen in Europa mit Gewalt zu stürzen und republikanische Institutionen an ihre Stelle zu setzen. Es scheint uns ebenso tadelnswerth, wenn europäische Staaten sich gewaltsam in Staaten auf dem amerikanischen Festlande einmischen, um republikanische Institutionen umzustürzen und durch Monarchien oder Kaiserreiche zu ersetzen. Nachdem ich somit unsere Stellung freimüthig dargelegt, überlasse ich die Frage Frankreich zur Erwägung, aufrichtig hoffend, daß diese große Nation es mit ihren besten Interessen und ihren hohen Ehren vereinbar finden möge, sich binnen einer billigen Frist aus ihrer aggressiven Haltung in Mexiko zurückzuziehen." Noch energischer war die am 16. Dezember abgegebene Erklärung begründet, daß die Vereinigten Staaten nie und nimmer das mexikanische Kaiserthum anerkennen werden. In dürren Worten sagt Seward: „Die Vereinigten Staaten haben den dringenden Wunsch, gute Beziehungen mit Frankreich zu pflegen, aber diese Politik würde in drohende Gefahr gerathen, wenn Frankreich es nicht mit seinen Interessen und seiner Ehre vereinbar finden könnte, von der ferneren bewaffneten Intervention in Mexiko abzustehen."

Als Seward diese berühmten Depeschen schrieb, in Folge deren das mexikanische Kaiserreich wie ein schwaches Rohr zusammenknickte, ruhte sein edler Freund Lincoln bereits drei Vierteljahre unter der Erde. Am 14. April 1865 hatte die Mörderhand des verkommenen Komödianten Wilkes Booth das theure Leben des „Vater Abraham" zerstört, und fast zu derselben Stunde, in welcher der verhängnißvolle Schuß im Theater zu Washington krachte, überfielen Meuchler den Staatssekretär Seward und brachten ihm schwere Wunden bei. Nichts konnte klarer zeigen, wie groß die Verdienste der beiden Männer um die Aufrechterhaltung der Republik, um die Niederwerfung der Südstaaten waren, als dieses gleichzeitige Attentat. Gegen Lincoln und Seward richtete sich die ganze Wuth und Nachelust der besiegten, gedemüthigten Rebellen; diese Beiden sollten sterben — dann war die Kapitulation von Richmond gesühnt.

Man mag es wohl ein Glück nennen, daß Seward von seinen Wunden genas und das Werk Lincoln's fortsetzen konnte, denn Präsident Johnson entpuppte sich nur zu bald als ein heimlicher Anhänger der besiegten Südländer. Wäre mit Lincoln auch Seward gestorben, so würde die republikanische Partei augenblicklich ohne Fühhrer und der Kampf gegen Johnson ein doppelt schwieriger gewesen sein. Wie hervorragend der Antheil war, den Seward schon bei Lebzeiten Lincoln's auch auf die innere Politik nahm, beweist die Geschichte der verunglückten Friedens-Konferenz in Fort Monroe am 30. Januar 1865. Hier war es nach den glaubwürdigsten Nachrichten Seward's Werk und Verdienst, wenn Lincoln den Antrag der südstaatlichen Bevollmächtigten Stephens, Campbell und Hunter auf Waffenstillstand ver-

Njetschajew bekümmert sind, sich zu einem Schritte bewegen, welcher von der überaus großen Mehrheit der Polen als höchst unpassend und strafwürdig angesehen wird." Bekanntlich bezeichnet man Stempowski als den Denunzianten, welcher der russischen Regierung den Aufenthalt Njetschajew's verrieth.

Frankreich.

Paris, 15. Okt. Wie das „XIX. Siècle" schreibt, ist seit einigen Tagen der englisch-französische Handelsvertrag fertig zur Unterschrift; vorgestern haben die HH. Thiers, Ozenne und der Handels-Minister die letzte Hand an denselben gelegt.

„Leichte Schwierigkeiten walteten noch ob hinsichtlich der neuen Festsetzung der Bruttozölle auf die englischen Waaren und hinsichtlich der Abschaffung der Flaggen-Zuschlagsgebühr; sie sind heute vollständig gelöst. Nachdem nunmehr die beiden Mächte sich in allen Punkten verständigt haben, wird der Vertrag gegen den 20. oder 25., an dem Tage, der für die Abreise des Grafen Harcourt nach London festgesetzt wird, unterzeichnet werden."

Hr. Louis Blanc hat, anläßlich des Verbots der öffentlichen Vorlesung, die er in La Rochelle halten sollte, an einen Einwohner dieser Stadt, der ihn einlud, nunmehr in einer Privatversammlung zu sprechen, folgendes Schreiben gerichtet:

„Paris, 11. Okt. Mein lieber Mitbürger! Ich habe Ihnen gestern meine Antwort auf das Telegramm geschickt. Was die Abhaltung einer Privatversammlung betrifft, so bin ich momentan nicht dafür. Dieser Schritt wäre zu thun gewesen, wenn ich mich schon in La Rochelle befunden hätte, als die öffentliche Versammlung verboten wurde. Aber expreß dazu eine Reise zu machen, würde zu sehr einer der Regierung hingeworfenen Herausforderung ähnlich sehen und unseren Gegnern Gelegenheit liefern, zu sagen: die Republikaner liefen, in einem Augenblick, wo Frankreich so sehr der Ruhe bedürfe, nach Demonstrationen, und dächten nur daran, das Land aufzuregen. Man weiß übrigens, daß wir die Partei der Freiheit sind; es muß, selbst um den Preis der schmerzlichsten Opfer, gezeigt werden, daß wir die Partei der Ordnung sind. Meine Absicht ist: das, was ich mir vorgenommen hatte, Ihnen zu sagen, niederzuschreiben und zu veröffentlichen. Ich bitte Sie, unseren Freunden zu La Rochelle den Ausdruck meiner lebhaften Sympathien zu übermitteln; danken Sie ihnen in meinem Namen für den Wunsch, den sie gehabt, mich zu hören, und versichern Sie ihnen, daß ich meinerseits wünsche, mich unter günstigeren Umständen in ihre Mitte zu begeben, und empfangen Sie meinen herzlichen Händedruck. Louis Blanc."

Der „Rappel" tadelt die Regierung wegen des Verbots der öffentlichen Versammlung, in welcher Louis Blanc eine Vorlesung halten sollte. „Um das Vereinsrecht in Wirklichkeit zu unterdrücken, müßte man zugleich die Preßfreiheit unterdrücken. Wenn man nicht will, daß man spricht, so muß man auch am Schreiben verhindern. Möge Herr Thiers die Ordonnanzen von Karl X. wieder erlassen. Möge die Regierung den Journalen verbieten, andere Worte zu veröffentlichen, als die Zirkulare, in welchen die Bischöfe und die General-Vikarien dieselbe ohrfeigen. Bis dieses geschieht, sehen wir nicht, welchen Vortheil es hat, wenn eine Rede, die alle Welt liest, nicht von La Rochelle gehört wird."

Paris, 16. Oktober. Ueber den Gesetzentwurf, betreffend die Reorganisation der Armee, welchen die mit dieser Angelegenheit betraute Spezialkommission der Nationalversammlung vorlegen wird, bringt der „Temps" folgende Mittheilung:

Die französische Armee soll 12 Armeecorps umfassen: 11 für Frankreich und eins für Algier. Das französische Armeecorps besteht aus drei Infanterie-Divisionen zu zwei Brigaden, die Brigade zu zwei Regimentern und einem Jäger-Bataillon zu Fuß und entsprechenden Abtheilungen Artillerie, Genie und Kavallerie. Das algierische Armeecorps würde bestehen aus vier Zuaven-Regimentern, vier Regimentern algierischer Tirailleurs, einem Fremden-Regiment, drei Infanterie- und drei Jäger-Regimentern. Die Strafabtheilungen (drei Bataillone und fünf Compagnien) stehen außerhalb des Corpsverbandes und würden die Kolonie in keinem Falle verlassen. Es hat den Anschein, als ob während des Krieges das Betragen dieser Truppen der Bevölkerung gegenüber zu vielen Klagen Veranlassung gegeben hat. Die gesammte Armee würde also bestehen aus: 135 Regimentern Infanterie, 4 Zuaven-, 4 Tirailleur- und ein Fremdenregiment und 36 Jägerbataillonen; während der gegenwärtige Bestand nur 126 Infanterie-, 4 Zuaven-, 1 Fremden-, 3 Tirailleurregimenter und 30 Jägerbataillone umfaßt. Es blieben also zu bilden: 9 Infanterie- und 1 algerisches Tiralleur-Regiment und 6 Jägerbataillone. Um die Kosten dieser Neubildungen zu decken, sollen zwei Compagnieen der 4. Bataillone jedes Infanterie-Regiments und des Fremden-Regiments, sowie die 8. Compagnie jedes Jäger-Bataillons gestrichen werden. Im Kriegsfalle sollen zwei Depot-Compagnien für jedes Infanterie-Regiment und eine für jedes Jäger-Bataillon gebildet; die Offiziere dieser neuen Compagnieen aus der Territorialarmee, die Unteroffiziere und Corporale aus der Reserve genommen werden. In Betreff der übrigen Waffengattungen scheint noch nichts festzustehen. Doch soll die Neubildung von 2 Regimentern Artillerie und mehreren Regimentern Kavallerie für jedes Armeecorps in Aussicht genommen sein.

Herr Emil About hat sein in Straßburg erlittenes „Märtyrerthum" bereits eskomptirt und sich als konservativrepublikanischen Kandidaten für die Nationalversammlung zu Epinal im Vogesendepartement aufstellen lassen. Bis vor zwei Jahren war der gewandte Schriftsteller bekanntlich eifriger Imperialist. — Der bonapartistische Kandidat in der Gironde, Herr de Forcade la Roquette hat sich durch eine Wahlrede, die er in einer Privatversammlung gehalten, den ganzen Beifall des „Univers" gesichert, indem er sich für die geistliche und weltliche Unabhängigkeit des Papstes erklärte. — Seit einigen Tagen soll die Ueberwachung des Marschalls Bazaine doppelt sein. Oberst Gaillard schläft in einem an das Zimmer des Gefangenen anstoßenden Gemach und in der Nacht sind die Wachtposten verstärkt.

Die französische Regierung wird der Nergeleien nicht müde und sucht fortgesetzt nach Mitteln und Wegen, durch die sie der deutschen Regierung Verlegenheiten bereiten zu können glaubt. So weigert sie sich hartnäckig, denjenigen Elsaß-Lothringern, welche während des letzten Krieges im französischen Heere gedient und deßhalb ein Recht auf Befreiung vom deutschen Militärdienst haben, einen Beglaubigungsschein über ihre Dienstzeit auszustellen. Dadurch laufen die jungen Leute Gefahr, von der deutschen Behörde ausgehoben zu werden, da letztere selbstverständlich bloßen mündlichen Aussagen der Betreffenden keinen Glauben schenken kann. Wie der „K. Z." geschrieben wird, hat die deutsche Regierung diese Angelegenheit auf Ansuchen vieler Landeseinwohner zum Gegenstand einer Anfrage bei der französischen Regierung gemacht. Die Zeitungen reproduziren mit großem Wohlbehagen die Zuschrift einer „Elsässerin" an die „Morning-Post", welche die Lage der Dinge im Elsaß im schwärzesten Lichte darstellt. Es sei gar nicht mehr auszuhalten, viele Leute stürben an der Sehnsucht nach Frankreich; Europa müsse dem Elsaß helfen, indem es nicht aufhöre, die Annexion zu verurtheilen, welche nichts anderes sei, als ein Sklavenmarkt. Komischer Weise behauptet die Schreiberin u. A., Mülhausen sei keine belebte Stadt mehr, sondern ein Dorf. Ein großer Theil der Bevölkerung sei ausgewandert ꝛc. ꝛc. Daß das Lügen sind, könnten die Zeitungen wissen, welche die Anzeigen der Mülhauser Fabrikanten mitgetheilt haben, die den Gerüchten entgegentreten, als ob sie ihre Fabriken nach Basel verlegt hätten. Bekanntlich hat die Industrie von Mülhausen seit der Annexion an das Deutsche Reich den immensen Vortheil, daß sie den französischen Markt nicht verlor und den deutschen da u gewonnen hat.

Gambetta, dessen Wohnung in der Rue Montaigne gelegen ist, hält allmorgentliche Levres, die sich eines starken Zulaufes erfreuen, indem man von neun Uhr an bis in die Mittagsstunden täglich eine Wagenreihe von ansehnlicher Länge vor der Thür des Exdiktators halten sieht. Wie berichtet wird, sucht Gambetta in seinen Gesprächen die Tragweite der in Grenoble gehaltenen Rede nach Kräften abzuschwächen, während er im Uebrigen einen ziemlichen Grad von Selbstvertrauen an den Tag legt.

Die internationale Maß- und Gewichtskommission, welche vom 24. Sept. bis 12. Okt. in Paris getagt hat, ist schließlich nicht nur in Bezug auf die technische und wissenschaftliche Seite der ihr vorliegenden Fragen, sondern auch nach langwierigen Diskussionen in Bezug auf die künftige internationale Organisation der Grundlagen des metrischen Maß- und Gewichtswesens zu einer Einigung gelangt. Der „Reichs-Anz." enthält darüber folgende Mittheilung:

In den letzten Sitzungen ist, nachdem die ersten Wochen der Verhandlungen der neuen Einrichtung des künftigen gemeinsamen Urmaßes und Urgewichtes aller Nationen gewidmet waren, fast einstimmig der Beschluß gefaßt worden, die Regierungen sämmtlicher auf der Konferenz vertretenen Staaten, d. h. fast aller Kulturvölker der Erde, zu ersuchen, ein internationales Bureau für Maße und Gewichte zu errichten, welchem unter der Leitung eines permanenten internationalen Komites übertragen werden soll: 1) die definitive Feststellung des neuen gemeinsamen Urmaßes und Urgewichtes, 2) die definitive Ausgabe der an die einzelnen Nationen zu verabfolgenden, möglichst identischen Kopien des neuen Urmaßes und Urgewichtes, 3) die Aufbewahrung des gemeinsamen Urmaßes und Urgewichts, 4) die in gewissen Zeiträumen zu wiederholende Vergleichung aller den Staaten zu übergebenden Kopien des Urmaßes und Urgewichtes untereinander und mit den Originalen, 5) die fernere Ausgabe genauer Kopien an Staatsregierungen, sowie an Interessenten jeder Art, 6) Ausführung aller derjenigen gemeinsamen Arbeiten und Untersuchungen auf dem Gebiete des internationalen Maß- und Gewichtswesens, welche im Interesse der Entwickelung und Befestigung seiner Grundlagen und der Ausbreitung seiner Geltung erforderlich sein werden. Das zur Leitung dieser internationalen Institution, d. h. zur Ernennung und Ueberwachung ihrer Beamten, berufene permanente Komite wird aus 12 Mitgliedern bestehen, und als Sitz der ganzen Institution ist zunächst Paris ins Auge gefaßt. Die Versammlung hat in dieses permanente Komite gewählt je einen Vertreter von Nordamerika, Rußland, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Türkei, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Belgien und den Niederlanden, und hat ihr Präsidium beauftragt, bei der französischen Regierung zu beantragen, daß dieselbe nunmehr das ganze Projekt auf diplomatischem Wege den betheiligten Regierungen vorlege und dieselben auffordere, zum Zwecke der gemeinsamen Unterhaltung der vorgeschlagenen internationalen Organisation einen Vertrag zu schließen, durch welchen zugleich das internationale Büreau für Maß und Gewicht in oder bei Paris als eine neutrale Institution unter den Schutz aller Regierungen zu stellen sein würde. Da die wissenschaftlichen Grundlagen, welche von der internationalen Kommission in Paris für das neue Urmaß und Urgewicht festgesetzt worden sind, einen bedeutenden Fortschritt gegen den bisherigen Zustand enthalten, und da durch die Verwirklichung der oben dargelegten Organisation auch für die Zukunft die Genauigkeit und Ordnung in der Handhabung des metrischen Systems in hohem Grade gesichert sein würde, so können alle diejenigen, deren Arbeiten an der Genauigkeit der Verwaltung des Maß- und Gewichtswesens interessirt sind, mit Befriedigung auf die eben abgeschlossenen Berathungen blicken, und der Handelsverkehr Deutschlands kann zugleich die Hoffnung hegen, daß durch die in Aussicht genommenen internationalen Maßregeln und Einrichtungen der definitiven Einführung des metrischen Systems auch in allen denjenigen mit Deutschland in Handelsverkehr stehenden Staaten, welche das metrische System noch nicht angenommen haben, ein wesentlicher Vorschub geleistet werden wird.

Portugal.

Lissabon, 6. Oktbr. Zwar nicht beide Kammern, wie die Opposition wollte, die von ihnen die neuen Steuergesetze nochmals diskutirt zu sehen wünschte und dabei das Ministerium Fontes zu stürzen hoffte, wohl aber die Herren unseres Oberhauses sind durch königlichen Erlaß einberufen worden. Sie werden aber nicht als politischer Körper, sondern als Gerichtshof über einen aus ihrer Mitte, den bekannten Marquis d'Anjeja, zu verhandeln haben, den die Regierung, als hochverrätherischer Verschwörung schuldig, vor sie zu stellen beabsichtigt. Die Führer der Opposition aber erklären diese Einberufung nur der Ersten Kammer als einen Verstoß gegen die Gesetze, und der Chef der Historiker, der Herzog v. Loulé,

Fortsetzung in der Beilage.

---

warf und die Anerkennung der Konföderation zum letztenmale verweigerte. In diesem Geiste, fest zur republikanischen Partei haltend, wirkte Seward auch gegend den Rebellen-Nachzügler Johnson und trat erst dann aus dem Amte, als mit Grant's Erwählung die Gefahr vorüber und die Leitung des Staates in guten Händen war.

Zufrieden mit sich und den Ergebnissen seiner Laufbahn konnte Seward die Augen schließen. Er erlebte noch die Genugthuung, daß seine Klagen und Vorwürfe gegen England in der „Alabama"-Frage durch das Genfer Schiedsgericht als begründet anerkannt wurden. Er schaute noch die vollständige Abschaffung der Sklaverei, die Befreiung des farbigen Menschen aus den Fesseln, an denen er schon als junger Anfänger auf der politischen Bühne gerüttelt hatte. Er sah auch noch die jüngsten Siege der republikanischen Partei bei den Wahlen, und in das Ohr des Greises tönte die frohe Botschaft: „Grant is safe." — Grant's Ernennung zum Präsidenten ist gesichert. So mag er denn ruhig hinübergegangen sein in dem schönen Bewußtsein, daß seine Lebensarbeit Früchte getragen, daß er seinem Vaterlande wahrhaft und dauernd genützt habe. Wohl dem seltenen Staatsmanne, dem man diese Anerkennung als Grabschrift widmen kann, ohne der Wahrheit untreu zu werden!

Der Brand im Escurial.

Ueber den Brand im Escurial wird der „Times" von einem ihrer spanischen Korrespondenten, der die Brandstätte persönlich besuchte, geschrieben: „Der ausgebrannte Flächenraum ist groß und umfaßt die gesammten oberen Stockwerke des Collegio oder Seminario mit den zwei Thürmen, die unter dem Namen Collegio-Thurm und La Lucerne bekannt sind. Nur der, der wie ich, inmitten der zerstörten Fußböden des Collegio gestanden, kann sich eine Idee von dem verbrannten Theile, wie auch eine Idee von den ungeheuren Dimensionen des gesammten Gebäudes machen. Durch den Patio de los Reyes eintretend, fand ich diesen ungeheuren Hofraum mit den Trümmern des Lucernenthurmes gefüllt. Die Steinstufen des Collegio standen noch und durch deren Ersteigen war ich im Stande, fünf Stockwerke zu zählen, die der Reihe nach, einschließlich der Schlafsäle und Zellen, der Speise- und Spielhallen u. s. w. abgebrannt waren. Hunderte von Männern waren mit der Wegschaffung des Schuttes beschäftigt. Heruntergestürztes Sparrenwerk, Balken, Schieferstein und geschmolzenes Blei lagen in ungeheuren Haufen umher. Die Szene war unendlich traurig und öde. Das Wegschaffen der Trümmer geht rasch von Statten, denn König Amadeus hat Befehl gegeben, daß die Wiederherstellung ohne Zeitverlust bewirkt werden soll. Der Finanzminister schätzte am letzten Freitag in den Cortes den Schaden auf 40,000 Pfd. St. Ich werde mich sehr wundern, wenn er sich nicht zweimal so hoch stellt. Von der Brandstätte eilte ich in die Bibliothek, auf welche in diesem Augenblick die Besorgniß Europas sich konzentrirt. Der einzige Schaden, den die Bibliothek genommen hat, ist, daß Theile des Holzwerkes der Glaskasten, welche die Bücher und Manuskripte enthielten, in der Eile, deren Inhalt zu retten, als das Feuer ausbrach und jeder Grund zu der Annahme, daß es sich auf die Bibliothek ausdehnen würde, vorhanden war, zerbrachen. Ein Priester kam mit den Schlüsseln, aber er brachte die falschen, und da es keine Zeit zum Warten gab, erbrachen die Leute die Kasten, so gut sie konnten. Als ein anderer Priester mit den rechten Schlüsseln kam, stand er vor Entsetzen über die Gefahr, die seinen Lieblingsmanuscripten drohte, wie versteinert da und ließ die Schlüssel aus der Hand fallen. Die Beschädigungen, die diesem Bücherkasten zugefügt wurden, können leicht reparirt werden, obwohl der Schaden zu bedauern ist, denn sie sind alle aus dem feinsten Holze von dem Italiener John Flecha unter Leitung des Architekten des Gebäudes, Juan Herrera, gefertigt worden und kosteten 1400 Pfd. St.

Zwischen diesen Bücherkasten bemerkte ich die leeren Räume, die durch die Wegschaffung der vier lebensgroßen Portraits von Karl V., Philipp II., Philipp III. und Karl II., die ersteren Beiden von Pantoja, die letzteren zwei von Carreno, Miranda, entstanden waren. Diese Kunstwerke sind somit gerettet worden, ebenso die fünf exquisiten Marmortische in der Mitte des Saales. Der große Globus, nach dem Ptolomäischen System war auch weg; kurz aus dem ungeheuren Saal war jedes Stück seines Inhalts weggeschafft worden; das famose goldene Manuskript „Codice Aureo" mit inbegriffen. Dieses berühmte Buch besteht aus 168 Pergamentbogen, auf welchem in goldenen Lettern die vier Evangelien, die Vorrede und Briefe des San Geronimo und die Kanons von Eusebius stehen. Die Kuriosität des Werkes besteht darin, daß die Buchstaben nicht geschrieben, sondern aus dünnen Streifen wirklichen Goldes geschnitten und mit einer Art Gummi aufgeklebt sind, der so adhäsiv ist, daß nach dem Verlauf von acht Jahrhunderten kein einziger derselben abgefallen ist. Das Gewicht des in den Buchstaben enthaltenen Goldes wird auf 17 Pfd. geschätzt. Unter dem werthvollen Inhalt der Bibliothek befand sich eine Apokalypse des 13. Jahrhunderts und ein uralter Koran, nebst Massen von ältesten Manuskripten, die Gelehrten bekannt sind. Die Gesammtzahl der Bücher und Manuskripte, die sich in der Bibliothek beim Ausbruch des Feuers befanden, war 14,661, und von diesen ist, wie eine an Ort und Stelle vorgenommene besondere Untersuchung ergeben hat, weder ein Buch verbrannt worden, noch ein Manuskript verloren gegangen.

Von einem Bewohner des Escurial erfuhr ich, daß das Gewitter am Dienstag Abend zwischen 9 und 10 Uhr begann. Drei furchtbare Donnerschläge folgten in Zwischenräumen von wenigen Minuten hintereinander. Der letzte derselben war der lauteste und zweifelsohne derjenige, welcher den elektrischen Funken in den Kollegio-Thurm trug. Vier Nachtwächter sahen in wenigen Minuten Flammen aus dem Thurme steigen und schlugen den ersten Lärm. Einige derselben liefen von Haus zu Haus und riefen: „Steht auf! Steht auf! Das Kloster brennt!" Andere begaben sich nach dem Kollegio-Thor, wo sie lange Zeit vergeblich pochten, da der gute Rektor und seine wenigen Studenten in tiefem Schlafe lagen. Als er erwachte, zögerte er einige Zeit, ehe er öffnete, da er von den Flammen über sich keine Kenntniß hatte, und glaubte, der Lärm unten rühre von einer Bande Räuber oder Karlisten her, die in das Dorf gedrungen seien, um das Kloster zu plündern. Als er endlich öffnete, hatten die Flammen beträchtlich um sich gegriffen und schlugen, unterstützt von dem starken Winde, der zur Zeit wehte, rasch die Richtung nach der Bibliothek ein. Das Feuer dauerte nahezu 36 Stunden. Die heldenmüthigen Anstrengungen der Bewohner und deren Helfer aus Madrid, gepaart mit der Thatsache, daß der Architekt des mächtigen Gebäudes kein Holz zu dessen Bau benutzt hatte, wo er Stein gebrauchen konnte, verhinderten die Feuersbrunst, sich nach dem Palast oder der Kirche auszubreiten und beschränkten deren Verheerungen auf das Kollegio-Viertel. Dies ist die fünfte Feuersbrunst, die im Escurial durch Blitzschlag entstanden ist, aber noch immer besitzt der Palast keine Blitzableiter."

Ein Abenteuer von Deak

wird der „N. Fr. Pr." erzählt, ohne daß sie jedoch die Garantie für das Gesagte übernehmen will, da, wie sie meint, die Geschichte nicht gerade Deak passirt sein müsse. Ihr Gewährsmann erzählt:

„Im vorigen Sommer reiste ich zu meinem Vergnügen in Ungarn herum. In Pest bestieg ich ein Coupé zweiter Klasse, um mich nach Stuhlweißenburg zu begeben. Der Zufall führte mich mit Franz Deak zusammen. Er war sehr gut gelaunt und verstrich uns die Zeit in lebhafter Konversation. „Station Teteny!" meldete der Kondukteur. Nach kurzer Zeit setzt sich das Dampfroß wieder in Bewegung. „A propos, Teteny, sprach der alte Herr. Wollen Sie, daß ich Ihnen eine Geschichte zum Besten gebe, bei der ich in Teteny gegenwärtig war?" Ich antwortete ihm, daß ich mich sehr verbunden fühlen werde. Und Franz Deak erzählte mir sein erlebtes Abenteuer. In seiner Jugend ereilte ihn auf einer Reise der Regen, so daß er sich gezwungen sah, sammt seinem jugendlichen Reisegefährten in einer Schänke bei Teteny Absteigequartier zu nehmen. Es war ein trüber, kurzer Herbsttag, sie mußten dort über Nacht bleiben. Das Wirthshaus hatte zwei Gastzimmer. In einem derselben logirten sich die zwei Reisenden ein und ließen sich das Abendmahl im gemeinschaftlichen Speisezimmer auftragen. Beide waren noch mit dem Vertilgen der vorhandenen Speisen beschäftigt, da rollte ein dreispänniger Leiterwagen in den Hof. Ein in ungarische Tracht gekleidetes Frauenzimmer trat ein und begehrte ein Zimmer für die Nacht. Die Fremde warf einen durchbohrenden Blick auf die Anwesenden. . . . Der leise, ruhige Ton, in welchem sie mit dem Wirthe sprach, indem sie das Abendmahl auf ihr Zimmer bestellte und ihr seltsames Benehmen verriethen auf den ersten Blick, daß sie keine gewöhnliche Bäuerin sei. Die zwei Jünglinge waren neugierig, zu erfahren, wer die reizende Fremde wohl sein mag? Sie ließ sich jedoch in kein Gespräch ein und nachdem man ihr das Nachtmahl hineingetragen, schloß sie die Thür von innen. Die 2 Reisenden erschöpften sich in Vermuthungen, auf welche Art man die Fremde doch auskundschaften könnte. Sie verbrachten den langen Abend in der Schankstube und sprachen dem Wein zu. Da schien es ihnen, als näherte sich ein Wagen dem Wirthshause. Pferdetritte wurden hörbar. In der Hausflur schleicht Jemand vorsichtig vorwärts. Die Thüre öffnet sich geräuschlos und ein Kommissär tritt ein, in der Hand ein schußfertiges Gewehr haltend, ihm nach folgen sechs Panduren. Auf einen Wink des Kommissärs blieb Alles ruhig in der Stube. Der Kommissär wirft einen forschenden Blick auf die jungen Leute, dann fragt er leise den Wirth, ob sich noch Jemand im Wirthshause befinde. „Ein Frauenzimmer." „Wie schaut sie aus?" Der Wirth gab ihm ein Signalement. „Wo ist sie?" Man zeigte ihm die Thür des Zimmers. Der Kommissär wollte öffnen. Die Thür war verschlossen. Er sprach kein Wort mehr. Auf seinen Wink kamen die sechs Panduren, stemmten ihre Schultern gegen die Thür und erbrachen diese. Im Moment, als die Thüre hineinfiel, erfolgte ein Schuß aus dem Zimmer. Die Kugel flog durch das Schankzimmer und drang in die entgegengesetzte Wand. Zu einem zweiten Schuß war schon keine Zeit. Die Panduren stürzten in das Zimmer. Die ersten Drei, die hineindrangen, purzelten allsogleich hinaus, das Weib warf sie wie Plumpsäcke vor die Thüre. Schließlich ergriffen sie alle Sechs und es entspann sich ein Kampf zwischen einem Weibe und sechs Männern, welche ihre Gegnerin nur mit großer Mühe zu überwältigen vermochten. Das fremde Weib hieß — Liliom Peti, der berüchtigtste Räuber von Unterungarn, den die Panduren von sechs Komitaten und sieben Städten schon seit Wochen verfolgten.

Tagesübersicht.

Posen, 18. Oktober.

Zu den gestern mitgetheilten Aeußerungen der „Provinzial-Korrespondenz" über die in Angriff zu nehmende Ausführung des Art. 15 der Verfassung bemerkt die „Germania":

Ausführungsgesetze kann man wohl machen, doch dürfen diese nicht den Fundamentalgesetzen widersprechen. Was aber die Regierung beabsichtigt, das widerspricht den letzteren, und deshalb können wir es uns nicht vorstellen, wie sie ohne wesentliche Umänderung der Verfassungsparagraphen ihr Ziel erreichen will. Uebrigens werden wohl jetzt endlich die konservativen Protestanten begreifen, daß nunmehr auch sie drankommen.

Für die „Umänderung des Verfassungsparagraphen" gäbe es doch auch Mittel! Aber auffälliger als dieses Anklammern an die Verfassung ist der Hülferuf an die „konservativen Protestanten." Diese Hoffnung wird jedenfalls dadurch genährt, meint die „Nat. Z.", daß unter der jetzigen Redaktion der „Kreuz. Ztg.", wie überhaupt so auch in Bezug auf die bischöfliche Denkschrift Schweigen dort als Gold gilt, und daß in der Broschüre „Konservative Partei und Ministerium" wirklich der Kampf gegen den Ultramontanismus als ein Kampf gegen die christliche Kirche bezeichnet wird.

Seitens der mecklenburgischen Regierungen werden im Laufe des Monats Oktober kommissarische Verhandlungen über die Reform der Verfassung stattfinden. Wie man der „W. Z." schreibt, haben diese Verhandlungen die Absicht zur Grundlage, das Domanium in den Ständen zu einer Art Vertretung zu bringen, was allerdings den schneidendsten Widerspruch gegen das Feudalsystem in sich schließt; es würden dadurch nur Halbheiten und fortlaufende Mißstände erzeugt werden. Das Domanium, weitaus der wichtigste Theil des Landes, für uns $104\frac{3}{4}$ geographische Quadratmeilen von den $214\frac{1}{10}$ Quadratmeilen des ganzen Großherzogthums, ist rechtlich dem absoluten Gesetzgebungs- und Besteuerungsrechte des Landesherrn unterworfen, wenn auch faktisch ein weit anderes Verhältniß besteht und der Wirklichkeit nach die regierende Adelsaristokratie auch hier gebietet.

Die baierischen Angelegenheiten werden in der „Spen. Ztg." mit besonderem Interesse und deutlich hervortretender Münchener Lokalkenntniß behandelt. Aus diesem Grunde notiren wir die schon wiederholt in letzter Zeit von dem Berliner Blatte erörterte Nachricht, daß trotz des Scheiterns der „Kombination Gasser" das gegenwärtige Ministerium fortdauernd in München in Frage gestellt ist. Der See, wie ruhig er auch erscheint, soll durchaus sein Opfer haben wollen; neuerlich soll Hr. v. Lutz, diesmal wieder Frhr. v. Pranckh, dazu ausersehen worden sein, denen beiden, wie unsere Kollegin versichert, die Versailler Verträge nicht vergessen werden, vom König nicht und noch weniger von denen, die ihm anverwandt sind. Die baierischen Blätter bringen über dergleichen kaum mehr als hin und wieder eine mystische Andeutung, aber daß solche Gerüchte und Angaben durchaus der Situation entsprechen, ist unleugbar. München ist ein kleiner Hof; dem gegen Hymen spröde gesinnten Könige stehen Nebenlinien zu Seite, welche als lachende Erben sich fühlen trotz der Jugend des Erblassers, und der jugendliche König selbst, der es in seinem majestätischen Bewußtsein nicht einmal über sich gewinnen kann, dem greisen Kaiser und dem kaiserlichen Kronprinzen den schuldigen Gegenbesuch abzustatten, ist unleugbar von einer eben so großen Sprödigkeit gegen das Reich, wie gegen Hymen erfüllt. Hierüber zu täuschen oder das zu vertuschen, wäre verlorene Mühe; man verbessert weder noch verschlimmert man durch offenes Aussprechen irgend etwas an der Lage. Bestimmend und entscheidend ist in München nicht nur der gute Wille, sondern die Macht der Verhältnisse und in zweiter Linie die anerzogene Abneigung gegen den Ultramontanismus. O, könnte nur die Mittelpartei hervorgezaubert werden, welche neulich in der „Augsb. Allg. Ztg." so ideal ausgemalt wurde. Aber sie schläft nun schon in das achte Jahr, diese Siebenschläferin, und will, wie das „Ausburger Blatt" klagte, nicht aufmachen. Inzwischen haben wir nur Ursache, dem Ultramontanismus in Baiern dankbar zu sein, denn wären sie nicht, so könnte ja der König, um mit Hoffmann von Fallersleben zu reden, nicht sein „der Pfaffen Feind, des Reiches (wenn auch noch so sehr nur relativer) Freund." So hat Alles in der Welt seine gute Seite.

Die Ausweisung des Prinzen Napoleon aus Frankreich wird Herrn Thiers noch mehr als eine schlaflose Nacht kosten, besonders übel ist Italien auf die Behandlung zu sprechen, die man der Tochter Viktor Emanuel's angedeihen ließ. Ließ es sich doch voraussehen, daß die Gattin dem „Manne ihrer Wahl" (!) ins Exil folgen würde. Der „B. B.-C." meint, daß auch Herr Thiers sein Aboutstückchen haben wollte und sich deshalb an einen Napoleoniden machte. Bemerkenswerth ist die Stellung, welche der klerikale „Univers" zu dieser Frage einnimmt; es sagt: „Die Familie der Napoleons ist nicht die einzige abgesetzte. Die Absetzung ist gleichfalls gegen die Familie der Orleans und gegen die Bourbons ausgesprochen worden. Die Legitimisten wie die Bonapartisten müssen heute gegen die ohne Urtheilsspruch erfolgte Ausweisung des Prinzen Napoleon protestiren, wenn sie morgen nicht zusehen wollen, wie Hr. Thiers den Grafen Chambord verhaften läßt und als einzigen Rechtsgrund dafür die Absetzung der Familie Bourbon angiebt." — Die Vorbereitung für die Wahlen nimmt alle politische Parteien in Anspruch, und dabei wird die Frage wegen Auflösung der Nationalversammlung so lebhaft diskutirt, daß man erwarten darf, der gesetzgebende Körper werde daran zu Grunde gehen. Auch die legitimistische Union ist mit der National-Versammlung nicht zufrieden: dieselbe sei „anarchisch." Anarchisch ist diesen frommen Leuten Alles, was nicht vor Heinrich V. und dem unfehlbaren Papste nebst deren Schildknappen und Aposteln zu Kreuze kriecht.

Die Klosterfrage in Italien wird allem Anscheine eine radikalere Lösung erfahren, als man noch bis vor Kurzem vermuthen durfte. Das italienische Ministerium nämlich hat beschlossen, in Zukunft den religiösen Körperschaften nicht mehr die Rechte „juristischer Personen" zu verleihen; sie sollen ferner allen für die übrigen Vereine geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen sein. Die gegenwärtig vorhandenen klösterlichen Liegenschaften sollen vom Staate eingezogen und deren Erlös in Staatsrenten angelegt werden. Die gegenwärtigen Mitglieder der verschiedenen Orden erhalten lebenslängliche Pensionen. — Der von der Geistlichkeit genährte Widerstand des unwissenden Volkes gegen die seit Kurzem eingeführte Zivilehe, welcher namentlich in Rom stark zu Tage tritt und für die Betheiligten mit sehr bösen, ihnen selbst meist unbekannten Folgen verbunden ist, bildete schon seit langer Zeit einen Gegenstand des Nachdenkens der italienischen Gesetzgeber. Jetzt scheint es endlich, daß man Maßregeln ergreifen will, um dem Uebel Einhalt zu thun. Wenigstens meldet der „Piccolo" von Neapel, daß der Justizminister in Kurzem ein Rundschreiben an die Staatsanwalte erlassen wird, damit diese eine Untersuchung über Diejenigen anstellen, welche die kirchliche Ehe ohne Zivilehe schließen. Das Blatt verlangt Strafbestimmungen gegen die Geistlichen, welche ein Brautpaar einsegnen, ehe es die Zivilehe vor dem betreffenden Staatsbeamten vollzogen habe.

Aus Konstantinopel kommen sehr interessante Andeutungen über einen Plan der Pforte, die staatsrechtlichen Verhältnisse Serbiens und Rumäniens, unter Zugrundelegung und Aufrechthaltung einerseits aller bisher durch die Verträge ihnen eingeräumten Begünstigungen, andererseits der in diesen Verträgen jederzeit anerkannten Suzeränetät des Großherrn in der Weise neu zu ordnen, daß sowohl ein engerer Zusammenhang der beiden Ländergruppen unter einander, als gegen die Konzedirung einzelner bisher vergebens angestrebter Attribute vollsouveräner Staaten, eine organische Einfügung der im Uebrigen auch fortan selbständig aufgestellten und geführten serbischen und rumänischen Militärmacht in den Rahmen der türkischen Armee, analog, wie es scheint, dem Verhältniß der bairischen Trupppen zu der deutschen Armee, angebahnt werde.

Für das auf dieser Seite Folgende
übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

der zugleich Präsident der Pairskammer ist, versuchte dies auch bei der Berathung der Maßregel im Staatsrathe geltend zu machen, und zwar durch folgende Beweisführung: § 7 des Statuts für die Erste Kammer spreche derselben die Befugniß zu, zu entscheiden, ob ein von den Ministern verfügter Zusammentritt der Kammer als oberster Gerichtshof wirklich stattzufinden habe. Die Pairskammer werde folglich auch jetzt zunächst als politische Körperschaft zusammenberufen. Da aber müsse verfassungsmäßig auch die Zweite Kammer einberufen werden. Die Mehrheit im Staatsrathe erklärte diese Auffassung für falsch, und zwar, wie man hört, mit allen Stimmen gegen die des Herzogs v. Loulé und die des Herrn Braamcamp, eines Parteigenossen desselben. Loulé verlangte darauf seine Entlassung als Vorsitzender der Kammer und der König gewährte ihm dieselbe ohne Zögern. Wahrscheinlich wird nun der frühere Premier, Marquis d'Avila, zum Präsidenten des portugiesischen Oberhauses ernannt werden, der das Ministerium Fontes immer unterstützt hat. Der Zusammentritt der Kammer wird am 18. Oktober stattfinden, und man nimmt mit Bestimmtheit an, daß eine Verurtheilung des Marquis von Anjeja, für dessen republikanische Umtriebe im vorigen Sommer der Regierung genügende Beweise zu Gebote stehen sollen, erfolgen wird.

Italien.

Rom, 14. Oktober. Die „Unità Cattolica", das Leiborgan der Jesuiten, behauptet, aus dem österreichischen Rothbuche gehe hervor, daß Oesterreich in der Klosterfrage in Rom intervenirt habe. Es muß das als um so unwahrscheinlicher bezeichnet werden, als man in Wien ebensowol als in Paris begreifen dürfte, wie wenig es am Platze wäre, eine an sich schon heikle Frage dadurch noch heikler zu machen, daß man die nationale Empfindlichkeit reizt. Zugleich führt die „Unità Cattolica" eine Reihe von Thatsachen an, wonach die Minister wiederholt das Recht verschiedener Mächte, in dieser Frage zu interveniren, anerkannt haben sollen. Man weiß, daß es die „Unità Cattolica" in solchen Dingen nicht eben allzu genau mit der Wahrheit zu nehmen pflegt, wenn die Sache nur Effekt macht. Uebrigens läßt sich nicht leugnen, daß sich die Minister in dieser Angelegenheit durch ihre Unsicherheit und Unklarheit selber viele Verlegenheiten bereitet haben. Wie der „Corriere Marcantile" wissen will, hätte Herr Lanza mittelst eines sehr höflichen, man könnte fast sagen unterwürfigen Schreibens dem Kardinal Antonelli in seiner Eigenschaft als Präfekt des apostolischen Palastes die Nominal-Anweisung der auf Grund des Garantiegesetzes auf den Namen des heiligen Stuhles eingetragenen Rente übersendet, deren Betrag, wie man weiß, drei Millionen übersteigt. In diesem Schreiben soll der Conseils-Präsident erklären, daß die Weigerung des heiligen Stuhles, die Summen, die ihm auf Grund desselben gesetzlichen Titels zur Verfügung gestellt würden, in Empfang zu nehmen, die Regierung von der Regelung dieser obschwebenden Frage dispensiren könnte.

Großbritannien und Irland.

— Die Ministerberathungen folgen einander Schlag auf Schlag. Am 14. d. M. war die vierte an der Reihe und, wofern Gerüchten zu trauen ist, steht den Verhandlungen über Erneuerung des Handelsvertrages mit Frankreich eine baldige, allseitig befriedigende Erledigung bevor. Dagegen muß einem Gerüchte entgegengetreten werden, welches von der „Semaine financière" leichtsinnig in die Welt geschickt worden ist, dem Gerüchte nämlich, als ob die französische Bank der englischen 100 Millionen Frcs. in Gold als Darlehen angeboten und letztere sich Bedenkzeit erbeten hätte. An der ganzen Geschichte ist kein wahres Wort. Wohl stünde es der französischen Bank frei, über die genannte Summe zu disponiren, nachdem sie selber die Baarzahlungen eingestellt hat und dadurch um 11 Mill. L. reicher ist, als die englische. Doch stehen dieser annoch viel rationellere Mittel zur Füllung ihres Baarschatzes zu Gebote, als ein Darlehen in Frankreich. Eine Erhöhung des Diskonto oder Aufnahme von Geld gegen die bei ihr hinterlegten Regierungssicherheiten wären doch jedenfalls dem Borgen in Frankreich vorzuziehen, wäre es nur von wegen der Rücksicht, daß dieses später zu ungelegener Zeit sich eine gleiche Gefälligkeit erbitten könnte. Wenn die „Semaine financière" es für zeitgemäß erachtete, dem französischen Publikum das oben erwähnte Märchen aufzutischen, so läßt sich ihre Absicht leicht errathen: sie wollte demselben, welches neben anderen Schmerzen der finanziellen seit Jahr und Tag so viele tragen muß, eine angenehme, seiner Nationaleitelkeit schmeichelnde Neuigkeit bieten. — Der Umstand, daß die Verpachtung der Zündholzfabrikation dem französischen Staatsschatze nahezu 8 Mill. L. einbringen dürfte, veranlaßt die Times zu der Bemerkung, daß diese Besteuerungsmethode am Ende doch keine vernunftwidrige sei und der englische Schatzkanzler Recht gehabt haben mochte, als er sie im vorigen Jahre beantragte. Da Hr. Lowe schwerlich daran denkt, sie von Neuem zu beantragen, wollen wir diese Frage vorerst unerörtert lassen, dagegen aber als Kuriosum mittheilen, daß den hiesigen Streichholzfabrikanten Bryant und May, die sich im vorigen Jahre an die Spitze der Agitation gegen die Steuer gestellt hatten, von Seiten ihrer Kollegen und Geschäftsfreunde eine Dank- und Ehrengabe von 600 L. überreicht wurde. Die genannte Firma ist zu großherzig und reich, als daß sie das Geschenk angenommen hätte, sie verwandte es zur Errichtung eines Springbrunnens inmitten des Quartiers der armen Londoner Streichholzarbeiter, wo Wasser leider bisher zu den verächtlichsten aller Getränke gerechnet wurde. (Worin der neue Springbrunnen schwerlich eine Aenderung herbeiführen wird.)

London, 15. Oktober. Die Ausweisung des Prinzen Napoleon bleibt einstweilen der Gegenstand der Erörterung, und der Protest des Ausgewiesenen giebt unseren Blättern Veranlassung zu zahlreichen Betrachtungen über den Vorfall, die sämmtlich ungünstig für die französische Regierung ausfallen, obschon Niemand hier sonderlich Vorliebe für den Prinzen hegt. Die „Times" sagt u. A.:

„Der Präsident" hätte keinen schlagenderen Beweis von der bekanntermaßen unsicheren Grundlage geben können, auf welcher seine Regierung steht. Im Uebrigen muß man zu Gunsten der Klugheit des Oberhauptes der Republik einräumen, daß wohl weniger die Handlungen des Prinzen als seine eigenthümliche Persönlichkeit den Grund zu der scharfen Maßregel der Regierung abgeben. Drei Dingen gegenüber hat Prinz Napoleon stets eine unverbrüchliche Ergebenheit bewahrt, der Demokratie, seiner Dynastie und seiner eigenen Person. Ob er einem inneren Triebe folgte oder nach wohlüberlegten Berechnungen handelte, so viel steht fest, er richtete es in den meisten Fällen so ein, daß er in politischen Fragen auf der großmüthigen Seite betroffen wurde, und die Thatsache, daß er im Jahre 1848 mit der Minderheit der konstituirenden Versammlung gegen die Vorlage stimmte, welche die Familie Orleans vom französischen Boden verbannte, konnte ihm niemals mit mehr Recht zum Verdienste angerechnet werden, als im gegenwärtigen Augenblicke. Die Befürchtungen, welche die Bonapartes heute dem Oberhaupte der Republik einflößen, konnte mit viel besserem Grunde bezüglich der Prinzen vom Hause Orleans vor 12 Monaten gehegt werden. Hätte Herr Thiers dem Prinzen Napoleon einen Sitz in der Nationalversammlung eingeräumt, wie er es mit dem Herzog von Aumale und dem Prinzen von Joinville gethan, so wären diese Sprößlinge gefallener Dynastien heute alle gleich harmlos geworden. Herr Thiers sollte sich an den Vorgängen auf der Halbinsel eine Lehre nehmen. In Spanien hat es sich bewährt und bewährt sich noch alle Tage, daß weder Verbannung noch langjährige Abwesenheit einen Prätendenten unschädlich zu machen vermögen. Dort wie in Frankreich ist der Belagerungszustand die Wurzel alles Uebels. Ohne die ausgiebigste Dehnung seiner Ausnahmegewalt hätte Herr Thiers sich nimmermehr für berechtigt erachtet, in so willkürlicher Weise mit dem Prinzen Napoleon umzuspringen. Jetzt aber, wo die That vollbracht ist, kann man wohl fragen, wie lange wird es dauern, bis Herr Thiers dahin gelangt, nicht zu gestehen, denn das wäre ihm eine Unmöglichkeit, aber zu fühlen, daß es besser wäre, könnte man sie ungeschehen machen."

Rußland und Polen.

In Rußland hat im vorigen Monate in mehreren Gouvernements eine probeweise Mobilisirung der Urlauber stattgefunden. Nach den Berichten russischer Blätter soll diese Mobilisirung zwar mit großer Präzision und Schnelligkeit vor sich gegangen sein, anders aber lautet darüber das Urtheil des Peterburger Korresp. der „Weser.-Ztg.", der über die dabei zutage getretenen Mängel der russischen Heeresorganisation schreibt:

„Es stellte sich auf allen Sammelplätzen eine weit größere Zahl von Urlaubern, als durch persönliche Gestellungsordres einberufen waren. Dies ist ein Beweis, daß nicht alle Urlauber der Verwaltungs-Behörde ihrem Aufenthalte nach bekannt sind, und daß mithin die Kontrole des Beurlaubtenstandes eine sehr mangelhafte ist. In Friedenszeiten gestellen sich die in die Listen nicht eingetragenen Urlauber allerdings gern und freiwillig, in Kriegszeiten aber würde ihnen die mangelhafte Kontrole eine erwünschte Gelegenheit bieten, sich dem Kriegsdienst durch Aufsuchung irgend eines Verstecks zu entziehen. Einen bunten und komischen Anblick boten die Urlauberbataillone auf ihren Musterungs- und Exerzierplätzen. Die Mannschaften hatten ihre bürgerliche, meist bäuerische und oft sehr zerlumpte Kleidung an, in der sie gekommen waren; manche waren sogar nur mit einem schmutzigen Hemde und Leinwandhosen bekleidet und gingen barfuß, und nur die Soldatenmütze und das Gewehr, das sie in der Hand hielten, gaben Zeugniß von ihrem militärischen Charakter. In den Militär-Magazinen befinden sich zur Zeit wenig oder gar keine Vorräthe von Uniformstücken, Hemden, Stiefeln u. s. w. Gewiß ein Beweis, wie wenig Rußland zum Kriege vorbereitet ist. Die Exerzierplätze hallten wieder von lautem Wortgezänk zwischen Unteroffizieren und Mannschaften, die sich in die strenge Disziplin nicht zu fügen vermochten, oder das Exerzitium zum Theil schon vergessen hatten.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Kairo, 1. Oktober. Ueber die Baker'sche Nil-Expedition sind neuere Nachrichten bisher nicht eingegangen. Zwar ging in Chartum das Gerücht, Baker sei mit seinen noch übrigen 300 Mann Soldaten von Gondokoro nach dem Albert-Nyanza-See aufgebrochen, allein da kein Boot von dort angekommen, ist diese Nachricht unverbürgt. Der bisherige (inzwischen wegen selbst im Sudan unerhörter Erpressungen abgesetzte) General-Gouverneur Muntas Pascha hatte im Januar 1872 400 schwarze Soldaten nebst reichen Vorräthen von Lebensmitteln Baker nachgesandt; diese Verstärkungen haben also ihre Bestimmung nicht erreicht, da es ihnen nicht gelang, die Hemmung der Schifffahrt an der „Mündung der Gewässer" zu überwinden. Nachdem sie dort einige Monate fruchtlos verweilt und die Provisionen verzehrt, sind sie heimlich zurückgekehrt und haben Nachrichten von dem österreichischen Naturforscher Ernst Marno mitgebracht, welcher sich gleichfalls Sir Samuel Baker anzuschließen gedachte, aber sogar nur bis zur Mündung des Sobat bisher vorzudringen vermochte. Der Khedive Ismael Pascha soll sehr schlecht auf Baker's Unternehmen zu sprechen sein, welches ihn schon die ungeheure Summe von 400,000 Pfund Sterling gekostet hat, ohne das Geringste erreicht zu haben. Mit der riesigen Unternehmung einer Sudan-Eisenbahn aufwärts bis Chartum scheint es nun wirklich Ernst werden zu wollen. Die Bahnlinie wird sich von Siut, bis wohin die oberegyptische Eisenbahn bereits im Betrieb ist, am Nil aufwärts über Wadi Halfa, Dongola und Ambuhol ziehen, von dort aber, den ungeheuren Bogen des Nillaufes abschneidend, durch die Bejuda-Steppe nach Schendi gehen, von wo sie wieder im Nilthale bis an den Zusammenfluß des Blauen und Weißen Flusses verlaufen würde. Am 15. September ist wieder eine beträchtliche Anzahl europäischer Architekten und Arbeiter nilaufwärts gegangen, um sofort den Bau zu beginnen. Die Vollendung dieses gewaltigen Werkes wird neben einer totalen Umwälzung der Verkehrsverhältnisse in einem Gebiete, in welchem das Kameel bisher das einzige Transportmittel war, nebenbei auch noch die Lösung eines wissenschaftlichen Problems bringen, über welches noch eine kaum erklärliche Ungewißheit herrscht. Die Angaben über die Meereshöhe von Chartum, diesem Ausgangs- und Endpunkte so vieler wissenschaftlichen Reisen, schweben zwischen 1300 und 2000 Fuß. Das Nivellement für die zu erbauende Eisenbahn muß natürlich über diesen streitigen Punkt Gewißheit bringen. (K. Ztg.)

Bukarest, 8. Oktober. Die Pforte, welche man mit den Piastern, die man ihr jährlich unter dem Siegel der zugeknöpftesten Verschwiegenheit (um nicht das Volk aus seinem Wahne aufzuschrecken) als Tribut bezahlt, gestaltet sich zu einem immer sichtbarer werdenden Damoklesschwert, das über Rumänien hängt, und droht jedes harmlose Vergnügen zu stören und die Kontroverse, ob Rumänien ein halb- oder dreiviertel- oder einviertel-souveränes Land sei, durch einen Alexanderstreich zu lösen. Rumänien ist eben ein Enfant gâté; man hat seinen Launen und seinem Hange nachgegeben, und jetzt, wo diese Launen zur zweiten Natur geworden sind, will man sie ihm abgewöhnen. Gestützt auf die Straflosigkeit, mit welcher unsere Regierung den Berat der Pforte stets ignorirt hat, geht Herr Costaforu einen kleinen Schritt weiter und entzieht sogar einem Brailaer Konsul das Exequatur. Wer hätte gedacht, daß dieser harmlose Schritt ein solches Gewitter heraufbeschwören würde? Und doch ist es gekommen. Midhad Pascha schreibt an den Fürsten Karl:

Die kaiserliche Regierung hat mit wahrem Bedauern das Vorgehen der fürstlichen Autoritäten rücksichtlich des griechischen Konsuls zu Braila, von dem mich der Agent Euer Hoheit in Kenntniß gesetzt hat, vernommen. Ich glaube nicht, mein Fürst, bemüßigt zu sein, auf diesen Punkt näher einzugehen. Die Kenntniß, die ich von Eurer durchlauchtigsten Hoheit Geist der Versöhnung und Billigkeit habe, erlaubt es mir zu hoffen, daß sie den Vorfall, um den es sich handelt, zur Zufriedenheit der interessirten Parteien erledigen werden. Eure durchlauchtigste Hoheit muß ebenso wie ich über die Art und Weise erstaunt gewesen sein, mit welcher die Agenten die Achtung hintansetzen zu können glaubten, die man dem Berat schuldet, welcher dem obenerwähnten Konsul von der Kanzlei des kaiserlichen Divans, in Gemäßheit der internationalen Traktate und auf Verlangen der Legation Sr. hellenischen Majestät zu Konstantinopel, ausgefolgt wurde. Indem sie dergestalt vorgingen, haben die fürstlichen Autoritäten die Rechte der kaiserlichen Regierung mißachtet. In der That, es ist kraft der Traktate, welche zwischen der kaiserlichen Regierung und den fremden Mächten abgeschlossen wurden, daß die letzteren Konsuln in den Fürstenthümern ernennen, woselbst sie ihre Amtspflichten unter demselben Titel wie ihre Kollegen in den anderen Theilen des Landes und kraft des kaiserlichen Fermans, welcher ihnen zur Zeit ihrer Ernennung bewilligt wird, ausüben. — Der Gerechtigkeits- und Billigkeitssinn, welcher Eure durchlauchtigste Hoheit auszeichnet, ebenso wie die Versicherungen, welche Sie durch Herrn Costaforu zur Zeit der letzten Durchfahrt auf der Donau Sr. Excellenz dem Minister des Aeußern Sr. kaiserlichen Majestät des Sultans geben ließen, sind uns eine sichere Bürgschaft, daß Sie, mein Fürst, gütigst im Verhältniß zur Wichtigkeit der That Genugthuung gewähren werden und zu gleicher Zeit befehlen wollen, daß solche Vorfälle in Zukunft sich nicht mehr wiederholen.

Genehmigen Sie, mein Fürst, die Versicherungen meiner ausgezeichnetsten Hochachtung. Konstantinopel, 17. September 1872.

Midhad.

Selbstverständlich schweigen der „Moniteur" und die regierungsfreundliche Presse die Sache todt; letztere spielt nur beiläufig auf die „maßlosen Ansprüche" Griechendlands und die „Anmaßung" der Pforte an. Dies ist aber nicht Alles! Wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, sind aus Stambul noch zwei andere Proteste eingelaufen. Der erste bezieht sich auf die Militär-Ehrenzeichen, welche Fürst Karl erst kürzlich als Belohnung für langjährigen Militärdienst eingeführt hat. Der betreffende Protest soll ein Veto gegen dieses Ehrenzeichen enthalten. Der zweite soll sich die Konzentrirung der Truppen verbitten. (N. Fr. Pr.)

Die Thronrede, womit Fürst Milan am 7. Oktober die Skupschtina in Kragujevacz eröffnete, hat bekanntlich dem halboffiziellen türkischen Blatt „Bassiret" zu einer heftigen Kritik Anlaß gegeben, „weil der Fürst seine Regierung als unabhängig anzusehen scheine, während doch das Heil das Landes von der Regierung abhänge, deren Vasall es sei." Die Thronrede, die nunmehr ihrem Wortlaut nach vorliegt, erwähnt nämlich des Unterthänigkeits-Verhältnisses zur Pforte mit keiner Sylbe. Ueber die Aufgaben der serbischen Regierung sprach sich der Fürst folgender Maßen aus:

„Es ist ein weites Feld, das sich für unsere Arbeiten öffnet. Ohne Zweifel kann unser Fürstenthum stolz sein auf die Fortschritte, die es während der kurzen Spanne Zeit seines Bestehens gemacht hat; wie groß muß aber trotzdem die uns noch erwartende Arbeit sein, da wir ja wissen, daß sei Jahrhunderten unter leichteren und günstigeren Verhätnissen bestehende Staaten noch immer in einem Prozeß der Entwicklung und Vervollkommnung sich befinden. Unsere Gesetzgebung hat Mängel, die wir abzuschaffen, und Lücken, die wir auszufüllen haben. Unsere Kulturkraft ist nicht zureichend; unsere Wehrkraft benöthigt noch der Entwicklung und der Stärkung. Zahlreiche Hülfsquellen sind noch unerschlossen und unbenutzt. Dem Handel müssen neue Bahnen eröffnet werden, unter denen den ersten Platz die Eisenbahn einnimmt. Der Arbeit müssen wir größere Garantieen der Entwicklung geben. Der Ackerbau aber muß entschieden unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Die Landwirthschaft besitzt bei uns alle nöthigen Bedingungen für eine gedeihliche Entwicklung. Wir können keine dringendere noch vernünftigere Aufgabe haben, als die Naturschätze auszunützen. In diesen liegt hauptsächlich die Kraft und der Reichthum Serbiens. In dieser Richtung wird meine Regierung der Skupschtina Vorlagen unterbreiten. Diese Aufgaben sind so wichtig und zahlreich, daß sie in einer einzigen Session oder selbst legislatorischen Periode nicht durchkommen und gelöst werden können. Zeit und Mühe werden nöthig sein, um sie zu bewältigen, aber bewältigen lassen sie sich, Dank dem guten Willen und dem Patriotismus der Nation (Köl. Ztg.)

Konstantinopel, 10. Okt. Aus Anlaß der seinerzeit durch die niederösterreichische Handelskammer angeregten Besorgniß, der Suezkanal könne durch eine englische Gesellschaft angekauft werden, hat die österreichische Regierung authentische Informationen über allfällige Verhandlungen, welche von irgend einer Seite mit der Suezkanalgesellschaft wegen Ankaufs des Kanals gepflogen würden, eingezogen, welche ergeben haben, daß, obschon der Kanal bisher nur 600,000 Pfd. St. jährlich abgeworfen hat, wovon 200,000 Pfd. St. die Erhaltung desselben und 400,000 Pfd. St. die Verzinsung der Prioritätsschuld in Anspruch nahm, somit die Aktionäre keine Dividende erhalten haben, bei den Letzteren, insbesondere bei den französischen, gar keine Neigung zur Veräußerung des Kanals zu bemerken ist, daher für eine käufliche Erwerbung desselben sich keine Chancen darzubieten scheinen. Die dem Handelsministerium zugekommenen Eröffnungen geben auch gar keinen Anhaltspunkt zu der Annahme, daß sich die italienische oder irgend eine andere Regierung mit dem im italienischen Parlamente seinerzeit angeregten Projekte des Ankaufes und der Neutralisirung des Kanals seitens der seefahrenden Mächte gegenwärtig ernstlich beschäftige. Die französische Regierung soll übrigens geneigt sein, den in Rede stehenden Vorschlag, wenn er ihr vorgelegt würde, in Erwägung zu ziehen; doch anerkennt man auch in Frankreich die großen Schwierigkeiten, welchen die Herbeiführung einer Verständigung aller betheiligten Staaten begegnen würde. (Spen. Z.)

Die Ursache des Kampfes, der am 27. September bei Lipowa zwischen Montenegrinern und Türken stattgefunden hat, ist, wie der „Allg. Ztg." geschrieben wird, keine andere als ein einfaches Wachthaus. Der Seraskier (Kriegs-Minister) befahl vor einigen Wochen dem Kommandirenden im bosnischen Vilajet, einen Grenzkordon zwischen Kalaschin und Lipowa errichten zu lassen. Dieses Terrain ist aber das langjährige Streitobjekt zwischen Montenegro und der Türkei. Darum glaubte man in Cettinje, daß die Pforte kein Recht habe, auf diese Art dasselbe in Besitz zu nehmen. Ueberdies hielt die fürstliche Regierung diese Anordnung für eine Bedrohung ihrer Sicherheit. Nach langem Rathe beschloß der „regierende Senat", Truppen nach Lipowa zu entsenden und mit Gewalt den begonnenen Bau zu zerstören. Dies geschah. Am. 27 September griffen die Montenegriner die kleine türkische Truppe an und der Kampf ging los (K. Ztg.)

Asien.

Nach einem Briefe der „Times" aus Schanghai war gegen Mitte August der neue französische Gesandte wohlbehalten in Peking eingetroffen, und die Befürchtung, daß die Truppen-Anhäufungen bei den Takuforts bestimmt seien, ihm den Zugang zu wehren, hatten sich als grundlos herausgestellt. Mit großer Spannung sieht man in Schanghai und den übrigen Ansiedelungen der Entwickelung entgegen, welche die Audienzfrage nehmen wird. Die auf der chinesischen Station kommandirenden Admirale Englands, Frankreichs und Amerikas werden in Kurzem ihren Gesandten in Peking Besuche machen, und da sie bei dieser Gelegenheit ihre Flaggenschiffe so nahe als möglich an die Mündung des Peiho heranbringen werden, so dürften die Forderungen des diplomatischen Corps etwas mehr Nachdruck erhalten. Mittlerweile werden aus den chinesischen Arsenalen Remingtonbüchsen und Krupp'sche Geschütze ausgegeben und nach den Takuforts befördert. Auch in Torpedos wird das Neueste in Bereitschaft gesetzt, möglicher Weise als Vorsichtsmaßregel gegen japanesische Ueberraschungen, vielleicht aber auch, um gegen andere Angriffe gerüstet zu sein. (K. Ztg.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Oktober.

— Im Reg.-Bezirk Marienwerder ist die Schulinspektion, wie die „Gaz. Tor." mittheilt, „bis jetzt 27 Geistlichen entzogen worden. Vergleicht man damit unseren Reg.-Bezirk Posen, wo bis jetzt erst 13 Geistliche ihrer Stellung als Schulinspektoren enthoben wurden, so sind wir demnach in dieser Beziehung noch sehr bedeutend im Rückstande gegen den Reg.-Bez. Marienwerder. Es erscheint dies Verhältniß um so auffallender, da dort von vornherein die Anzahl der polnisch-katholischen Schulinspektoren gewiß eine bedeutend geringere war, als in unserem Regierungsbezirk.

— Im Krakauer „Kraj" finden wir eine Posener Korrespondenz, welche die rastlosen und nicht erfolglosen Wühlereien der hiesigen Ultramontanen zeichnet. Nachdem der Korrespondent den Beweis versucht hat, daß alle Bemühungen dieser Partei bis jetzt nur mit Niederlagen geendet haben, fährt er fort:

Alles dieses konnte die Rührigkeit und Energie der Ultramontanen nicht brechen. Ihnen half eine große Anzahl von Geistlichen, welche, wenn sie auch die Grundsätze der Jesuiten nicht theilen, terrorisirt durch die Furcht ihr Brot zu verlieren, Alles thaten, was Herr K.

Morawski dem Grafen Ledochowski angerathen hat. Bis jetzt war der Gr. Ledochowski der ärgste Feind aller Agitationen. Er strafte sogar Geistliche, welche in Gewerbevereinen Vorträge hielten und drohte dem Herrn Vikar Chotkowski mit Strafversetzung, wenn er seine Vorträge nicht einstellen wird. Jetzt, wo zum Wohle Deutschlands die Regierung und der Fürst Staatskanzler im Ernste die jesuitisch-ultramontanen Interessen bedroht, lobt der Graf Ledochowski die politische Agitation, welche zu Gunsten der jesuitischen Interessen durch die Ultramontanen begonnen werden, obgleich er nicht das Mindeste gethan hat, um sich den Liberalen zu nähern. Der katholische Geistliche soll fortan, nach der Meinung des Gr. Ledochowski, Soldat und Advokat der Jesuiten sein, nicht blos in der Kirche, sondern auch auf dem Landtage, in unsern Vereinen, im Familienkreise, im Hause des Edelmannes und in der Hütte des Landmannes. Die Lebensaufgabe des Geistlichen ist fortan, nach dem „Kuryer" und „Tyg. kat.", alle Kräfte des Volkes aufzubieten für den Kampf um die durch den modernen Staat bedrohten Interessen der Kirche. Aus unserer Gesellschaft soll ein wohl disziplinirtes Lager gemacht werden, welches alle Befehle auszuführen bereit ist.

Aber zum Kampfe gegen den modernen Staat ist die Dummheit, der blinde Glaube die beste Waffe, und bei uns ist es leichter als anderswo das Volk zu fanatisiren und als Werkzeug zu benutzen, — da es trotz seiner Moralität, die Religion nicht von den Gelüsten der Jesuiten zu unterscheiden versteht. Der „Kuryer Poz.", das Organ der neuen Ultramontanen, welches vom Oberhirten während seiner Kirchenvisitation den Geistlichen anempfohlen wird, veröffentlicht eine Reihe Artikel des Prälaten Kozmian, in welchen er unsere Gesellschaft auffordert, ihre Interessen mit denen der deutschen Ultramontanen zu identifiziren und rathet, unsere Rücksichten für die reformirten und jüdischen Polen fahren zu lassen und katholische Volksversammlungen abzuhalten, wie es in Deutschland geschieht. Wir werden, so meint der Korrespondent, in kurzer Zeit katholische Volksversammlungen haben, auf denen Menschen solcher Grundsätze, wie Kozmian und Morawski, dem Volke die verderblichsten Begriffe beibringen werden, was — seiner Ansicht nach, — bei der Zerfahrenheit*) der liberalen Partei der Unklarheit ihrer Begriffe und Uneinigkeit in ihren Grundsätzen leicht möglich sei, besonders da die ultramontane Partei dieses mit ihrem Kapitale unterstützen wird, und dies kann eine dauernde Spaltung in der polnischen Gesellschaft hervorrufen. So wird man das Volk für die zeitliche Gewalt des Papstes ausnützen und für die nationalen Interessen gleichgiltig machen. Der Korrespondent meint, daß die Zeit der Herrschaft der vier Kostener Punkte und ein neuer Krieg um die päpstliche Unfehlbarkeit, den Syllabus und andere ihnen ähnliche und fremde Sachen, nahe.

— **An der Realschule** sind seit Wiederbeginn des Unterrichts nach den Michaelisferien folgende Lehrkräfte neu eingetreten. Hr. Schulamts-Kandidat Hohlfeld, bisher am Pädagogium zu Falkenberg (Prov. Brandenburg) und Hr. Schulamts-Kandidat Rumpe, bisher an einer höheren Lehranstalt in Breslau. Hr. Dr. Hubatsch in Görlitz, zu dessen Ernennung als vierter ordentlicher Lehrer an der hiesigen Realschule die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 9. d. M. ihre Zustimmung ertheilt hatte, hat diese Stelle nicht sofort, wie dies seitens des Magistrats verlangt wurde, antreten können, und ist deßwegen von der Anstellung desselben Abstand genommen worden. Es sind demnach bis jetzt noch immer zwei Stellen unbesetzt, die des Direktors und die des ersten Oberlehrers.

— **Zur Hebung der Wohnungsnoth** hat man unter Anderem den Gedanken angeregt, gegen diejenigen Baustellenbesitzer, welche ihre Plätze unbebaut liegen lassen, das Expropriationsverfahren für anwendbar zu erklären. Freiherr Nordeck v. Rabenau erklärte in der Eisenacher Versammlung, daß dieses Expropriationsrecht in Hessen-Darmstadt seit Jahren existire, und theilte darüber nach der „N. A. Z." Folgendes mit: „Wenn ein neuer Bebauungsplan entworfen ist, so werden alle Eigenthümer und Adjacenten der in den Plan einbezogenen Grundstücke zur Geltendmachung ihrer Einwendungen öffentlich aufgefordert, und, nachdem diese Einwendungen erledigt, wird der neue Bebauungsplan definitiv festgestellt. Sobald dies geschehen, kann jeder Eigenthümer mit der Errichtung neuer Wohnhäuser beginnen; geschieht dies nicht innerhalb einer bestimmten Frist, so kann jeder Baulustige beantragen, daß der Eigenthümer der Baustelle aufgefordert werde, innerhalb einer bestimmten Zeit den Bau eines Wohnhauses auf der Baustelle zu beginnen und zu beenden, widrigenfalls die Baustelle exproprirt und dem Antragsteller gegen Zahlung der Expropriationssumme eigenthümlich zugewiesen werde unter der, wahrscheinlich durch Konventionalstrafe gesicherten Bedingung, seinerseits innerhalb bestimmter Frist zu bauen. Die Kommune genießt dabei, wenn wir nicht irren, einer Art von Expropriationsvorrecht (Verkaufsrecht) dergestalt, daß sie gegen Zahlung der Expropriationssumme und der Kosten des Verfahrens, die sonst wohl dem Antragsteller zur Last fallen, das exproprirte Grundstück zum Kommunaleigenthum machen kann, um in der Errichtung von Kommunalgebäuden nicht zu sehr gehindert zu werden.

— **Der polnische „Bazar"** zu Posen ist bekanntlich in die Hände einer Aktiengesellschaft übergegangen, und erfolgte vor einigen Tagen die Eintragung derselben unter der Firma „Posener Bazar" in das Handelsregister durch die Herren: Dr. Niegolewski, Dr. Matecki, Graf Joseph Mielżyński, Graf Mieczyslaus Kwilecki, Joseph von Morawski.

σ **Meseritz**, 16. Oktober. [Postalisches. Herberge zur Heimath. Steuerermäßigung.] Seit dem 1. Oktober cr. sind in den Postverbindungen in Folge der Einführung eines neuen Fahrplanes auf der Märkisch-Posener Eisenbahn Aenderungen eingetreten. Hiernach werden Personen-Posten abgelassen zwischen Landsberg a. W. und Schwiebus: aus Landsberg um 4 Uhr früh, aus Schwerin a. W. um 7^{5}, aus Meseritz um 9^{5} Vormittags, in Schwiebus 11^{35}; aus Schwiebus um 3 Uhr Nachmittags, aus Meseritz, wie bisher, um 6^{30} Nachm., in Landsberg a. W. 11^{25} Abends. Personen-Posten zwischen Meseritz und Schwiebus: aus Meseritz 3^{15} früh, aus Schwiebus 7^{11} Abends; zwischen Bentschen und Meseritz: aus Bentschen Bahnhof um 9 Uhr Vormittags, in Meseritz 12^{15}, aus Meseritz 3^{15} Nachmittags, in Bentschen Bahnhof 6^{25} Abends. — In der Herberge zur Heimath sind im Laufe des vergangenen Quartals Handwerksgesellen eingewandert 294, verpflegt wurden 274. Die dafür verausgabte Summe beträgt 43 Thlr. 13 Sgr. Der Vorstand wiederholt die Bitte, fechtenden Handwerksburschen Gaben nicht zu verabreichen, dagegen der Herberge zur Heimath die Theilnahme durch Geldbeiträge auch fernerhin zu erweisen. — Dem Vernehmen nach ist der alljährlich von der Stadt-Kommune an das Gymnasium zu leistende Zuschuß von 1000 Thlr. von der königl. Regierung um 400 Thlr. ermäßigt worden. Es wird dabei bemerkt, daß diese Summe wohl kaum zweckmäßiger zu verwenden sein dürfte, als zur Aufbesserung der äußerst kärglich dotirten Lehrergehälter.

FL **Rogasen**, 16. Okt. [Berichtigung.] Die in Nr. 484 der Pos. Ztg. enthaltene Korrespondenz aus Rogasen bedarf einer Berichtigung. Auf die bei der kaiserl. Postdirektion zu Posen eingereichte Beschwerdeschrift hiesiger Kaufleute wegen Beschränkung der Postdienststunden bei der hiesigen Postanstalt ist noch keine Abweisung von der qu. Behörde eingegangen; daß wegen des Verkehrs die Aenderung nicht eintreten sollte, ist nur eine Muthmaßung des r-Korrespondenten. Ein solcher Einwand kann nicht erhoben werden, da Rogasen ein Post-Amt I. Klasse besitzt und die hiesigen Postlokale seit Jahren, wie im Reichspostgebiet üblich ist, geschlossen wurden. Nur seit ca. 2 Jahren hat man in hiesiger Stadt davon eine Ausnahme gemacht. Eine fälschliche Angabe des Sonntagsschlusses ist nicht gemacht worden, da hiervon in der betreffenden Beschwerdeschrift keine Erwähnung gethan wurde. — Die Mittheilung bezüglich der Entweichung eines jüdischen Hotelbesitzers B. von hier wegen bereits eingegangener Ehe in Amerika und Schuldigmachens der Bigamie, durch nochmalige Verheirathung am hiesigen Orte ist nicht richtig, da weder bei hiesigem Gericht oder bei der Polizei, noch bei dem Landrathsamte in Obornik eine desfallsige Anklage eingelaufen ist. Es ist dies lediglich ein Gerücht.

m. **Schneidemühl**, 15. Oktober. [Schwurgericht. Grundbuchrichter. Jahrmarkt. Maßregeln gegen die Cholera. Orgelkonzert. Vereine. Theater.] Seit dem 7. tagt hier die 4. Schwurgerichtsperiode für die Kreise Wirsitz-Chodziesen-Charnikau. Den Vorsitz bei den Sitzungen führt der Direktor des hiesigen Kreisgerichts, Herr Kupfender. — Durch die Ernennung des Hrn. Kreisgerichtsraths Müller zum Grundbuchrichter, der als solcher fortwährend zur Disposition des Publikums steht und somit beim Schwurgericht nicht mitwirken kann; durch die sechsmonatliche Beurlaubung des erkrankten Kreisgerichtsraths Hrn. Lampe war es nöthig geworden, einen Richter eines der beiden anderen dem Schwurgerichtsbezirke angehörenden Gerichte zu berufen. Einige der Verhandlungen sind nicht ohne Interesse, namentlich nahm die erste Verhandlung am 7. c. die Aufmerksamkeit des hiesigen Gesammtpublikums in hohem Grade in Anspruch. Die Anklage war gegen einen früheren Gutsbesitzer gerichtet und lautete auf Wechselfälschung. Es erfolgte dessen Freisprechung. Da wegen des Versöhnungsfestes am 12. die Sitzung ausfallen mußte, so schließt das Schwurgericht seine Arbeiten erst den 18. c. — Am 7. und 8. c. war hier Jahrmarkt, und zwar am ersten Tage Vieh-, am zweiten Kram-Markt. Der Markt war stark von Käufern und Verkäufern besucht. Für Schweine wurden geradezu fabelhafte Preise gezahlt, während sonst die Nachfrage nach Vieh eine nur geringe war. Am Krammarktstage scheinen die Verkäufer fertiger Kleidungsstücke die besten Geschäfte gemacht zu haben. — Die Kunde von der Annäherung der Cholera hat uns zu Vorsichtsmaßregeln veranlaßt. Auf Anregung des Magistrats hat sich aus den hiesigen drei Aerzten und anderen opferwilligen Bürgern eine Sanitätskommission gebildet, welche dem Erscheinen event. der Verbreitung der Seuche in geeigneter Weise steuern soll. — Am 14. Abends wurde von dem Musikdirektor Dötsch aus Köln und seiner Frau in der hiesigen evangelischen Kirche ein Orgelkonzert gegeben. Die von Hrn. Dötsch gespielten Piecen, sowie die von Frau Dötsch gesungenen Arien fanden vielen Beifall. — Zum Winter nimmt das Vereinsleben einen neuen Aufschwung. An Stelle des mit der Versetzung des Professors Ebel zu Grabe getragenen Männerquartetts hat sich ein neuer unter der Direktion des Herrn Musiklehrers Piper gebildet. Auch die ziemlich zahlreichen Verehrer der Schachspielkunst haben sich zu einer Schachgesellschaft zusammengethan. — Nächstens soll uns auch der Genuß eines Theaters wer- Da wir uns eines Schauspielhauses nicht erfreuen, so wird Frau Knopf's Saal den Tempel Thalia's vorstellen.

Seminar-Direktor Giebe und die allgemeine Lehrerversammlung in Bromberg.

Das Bromberger Schullehrer-Seminar besteht gegenwärtig 50 Jahre, und somit war die Erwartung der deutschen Lehrerschaft dieser Provinz, der jetzige Leiter der Anstalt, Seminar-Direktor Giebe, werde eine allgemeine Lehrerversammlung nach Bromberg berufen und gleichzeitig eine Feier der Einweihung des neuen Gebäudes veranlassen, wohl berechtigt. Welche Zeit hätte sich dazu besser geeignet, als die Michaelis-Ferien! Doch Herr Giebe hat es für zweckmäßig gefunden, die Ferien für eine solche Versammlung nicht zu verwenden, diese vielmehr auf den 22. d. Mts., also in die Schulzeit zu legen, — aus Gründen, die wir ahnen können. Wünscht Herr Giebe eine recht kleine „allgemeine" Lehrerversammlung, aus seinen Getreuen bestehend, so konnte er wahrlich keinen günstigern Termin für dieselbe ausfindig machen. Oder fürchtet er, daß ihm in einer wirklich allgemeinen Lehrerversammlung von früheren Zöglingen, die bereits Männer geworden, derb die Wahrheit gesagt werden könnte? Unsere Vermuthung findet eine Begründung durch eine soeben im Druck erschienene, zur Vertheilung in jener Versammlung bestimmte, uns aber bereits heute durch Freundeshand zugestellte Broschüre Giebe's: „Das königliche Schullehrer-Seminar zu Bromberg." Eine geschichtliche Darstellung der Vergangenheit und Nachrichten über den gegenwärtigen Zustand der Anstalt.

Am Schlusse dieser „Nachrichten über den gegenwärtigen Zustand der Anstalt" versteigt sich der Verfasser zu folgenden Sätzen: „Die Reorganisation des Seminars ist nicht blos zum vollen Abschluß gebracht, sondern es kann sich die Anstalt jetzt sowohl in Beziehung auf ihre äußere Einrichtung wie auf die innere Arbeit, die in ihr vollzogen wird, **den besten ihrer Art an die Seite stellen. Die Höhe ist erreicht.** Und an dieser Riesenarbeit hat selbstredend Seminar-Direktor Giebe den Löwenantheil. Nun, Bescheidenheit ziert den Jüngling! Glückliches Seminar! Wenn Du heute schon die Höhe erreicht hast, so war die vom Minister Dr. Falk vor Kurzem abgehaltene Schulmänner-Konferenz über Reorganisationen im Volksschul- wie Seminarwesen in der That vom Uebel; dann war die Entfernung Mühler's unnöthig; dann ist der Rücktritt Stiehl's geradezu ein Unglück; denn jetzt haben wir ja bereits, und dazu noch in der Provinz Posen, das eifrig gewünschte und noch niemals gefundene Schullehrer-Seminar der Zukunft! Was Herr Giebe uns in dieser Broschüre vorführt, sieht auf dem geduldigen Papiere allerdings nicht übel aus; doch wir werden uns gestatten, bei nächster Gelegenheit auf Einzelheiten, soweit sie uns hier erreichbar sind, — vornehmlich auf Herrn Giebe's „Schulkunde", näher einzugehen. Heute wollen wir aus diesem Seminar, das den Kulminationspunkt schon ereicht haben will, nur anführen, daß sein Direktor Giebe Geistlicher, daß der erste Lehrer (Vater) Geistlicher, daß der Musiklehrer Berger Orthodoxer vom reinsten Wasser ist und daß die anderen Lehrer und Hülfslehrer wohl oder übel in demselben theologischen Geiste dieser Drei wirken müssen. Das ist das Seminar der Zukunft!

Seminar-Direktor Giebe aber leitet als Geistlicher aus Groß-Neudorf bei Bromberg überhaupt erst seit dem Jahre 1867 das Seminar, und soll der Welt erst beweisen, was er leistet; dennoch widmet er sich und seiner Leitung die starke Hälfte der Broschüre. Am schlechtesten fährt in derselben der 1863 verstorbene Seminar-Direktor Grützmacher, unter dem zwar „eine große Reihe sehr tüchtiger Lehrer" aus der Anstalt hervorgegangen ist, der es aber verschuldet hat, „daß das Bromberger Seminar mit dem Aufschwunge, welche das Seminarwesen in Preußen besonders seit 1846, seit dem Eintritt des Geh. Raths Stiehl in das Unterrichts-Ministerium, genommen, nicht gleichen Schritt gehalten hat. Es war äußerlich auf das Dürftigste ausgestattet, und zuletzt fingen auch in der innern Arbeit, vielleicht auch in der Disziplin, hier und da Lücken und Risse zu entstehen, an." Wir überlassen dem Publikum das Urtheil über einen Mann, der über seinen verstorbenen Vorgänger, dessen inneren Arbeit und angewendete Disziplin er am wenigstens gekannt hat, und weisen darauf hin, daß die sich niemals weibisch — eitel brüstende innere Arbeit und freiere Disziplin Grützmacher's freie und tüchtige Männer erzogen hat, deren formale Verstandesausbildung und muckerfreies Wesen der Schule zehnfach mehr genützt, als Herr Giebe zu ahnen scheint, — deren Dankbarkeit für ihren hochverehrten verstorbenen Direktor sich gegenwärtig thatsächlich in den freudigen Opfern zur Errichtung eines Denkmals für den würdigen Mann kundgiebt, — die aber Herrn Giebe auch noch auf seine Broschüre antworten werden.

Anerkennen müssen wir, daß die Broschüre ein nutzbares historisches Akten-Material enthält, dessen Verwendung wir uns werden angelegen sein lassen. — nn.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 14. Oktober. Unter der Anklage des Raubes standen am Dienstag vor dem Schwurgericht vier junge Burschen, die kaum das achtzehnte Lebensjahr hinter sich hatten, trotzdem aber schon verschiedentlich mit dem Strafgesetz in Collision gekommen waren, nämlich der Arbeiter Lottmann, der Schlossergeselle Klein, der Lederfärber Czyfuß und der Arbeiter Sylkenat. Die vier Kumpane machten sich am frühen Morgen des 23. Juni d. J. auf den Weg nach der Jungfernhaide, nach ihrer ersten Aussage, um die dort nächtenden „Pennbrüder" aufzustöbern, und wie sie sich später korrigirten, um im Plötzensee zu baden. Unterwegs bewaffneten sie sich mit derben Knitteln, woraus sich schon von vornherein schließen läßt, daß die Abenteuer, welche sie aufzusuchen gingen, nicht so ganz harmloser Natur sein sollten. Unterwegs, in der Nähe der Abdeckerei, fanden sie im Grase schlafend den Arbeiter Spiegelberg, der während der Nacht von Hennigsdorf herübergekommen war und sich zu dem Weitermarsch nach Berlin stärken wollte; sie überfielen den Schläfer, machten ihn mit ihren Knitteln widerstandsunfähig, wobei Sylkenat wiederholt ermahnte, man solle den Mann nur auf die Schienbeine und über den Rücken, nicht aber auf den Kopf schlagen, weil er sonst „dämlich" würde, raubten ihm die Brieftasche mit 4 Thlrn. Inhalt und ein Bündel mit Kleidungsstücken, und dann gings auf Anstiften des Angeklagten Czyfuß an eine genaue Visitation des Beraubten, „denn — sagte Czyfuß — ich kenne das, diese verdammten Schlesier haben die Gewohnheit, das Geld in die Kleider einzunähen." Die Visitation hatte keinen Erfolg; trotzdem verlangten die jugendlichen Räuber für die Herausgabe der fast werthlosen Kleidungsstücke von Spiegelberg 2 Thlr., und als dieser sich hierzu außer Stande erklärte, wurde er aufs Neue mit Knittelhieben so lange maltraitirt, bis er bewußtlos niedersank. Die Bande setzte darauf ihren Raubzug fort. In der Nähe des Plötzensees stießen sie auf zwei Männer, die vom Angeln heimkehrten; auch diese wurden von den vier Strolchen angefallen, mit den Knitteln geschlagen und ihnen der Angelsack geraubt, der jedoch nichts weiter als ein paar Angelschnüre, eine Mütze und etwas Brot enthielt. Nachdem der Raub getheilt, kehrten die Burschen nach der Stadt zurück, wurden aber gleich in der Müllerstraße auf die Anzeige der beiden Angler verhaftet. — Vor Gericht suchten die Angeklagten ihr Verbrechen als einen unschuldigen Scherz hinzustellen. Den Spiegelberg, sagten sie, hätten sie im feuchten Grase schlummernd aufgefunden und in der Befürchtung, er könne sich erkälten, unter allerhand Neckereien aufgeweckt; Spiegelberg habe aber die Sache falsch verstanden und unter Zurücklassung seines Kleiderbündels das Weite gesucht, letzteres auch trotz wiederholten Zurufes nicht an sich genommen. Mit den beiden Anglern hätten sie sich ebenfalls nur einen Scherz gemacht. Die Aussagen der als Belastungszeugen vorgeladenen Ueberfallenen verscheuchten jedoch jeden Zweifel darüber, daß die Angeklagten zu einem wohlgeplanten Raubzug ausgegangen waren, und die Geschworenen sprachen nach kurzer Berathung das „Schuldig des Raubes" aus. Dagegen vermochte sich die Jury über die Unterfrage, ob den Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen seien, nur mit 7 gegen 5 Stimmen schlüssig zu machen; ihrem „Nein" trat aber der Gerichtshof nach vorhergängiger Berathung bei, und wurden in Folge dessen verurtheilt: Lottmann, Klein und Sylkenat zu zwei Jahren Zuchthaus, zwei Jahren Ehrverlust und Zuläßigkeit der Polizeiaufsicht, Czyfuß, der zur Zeit der That das achtzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hatte, zu zwei Jahren Gefängniß.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Nach dem Tode Jacob Grimm's wurde seine und Wilhelm Grimm's gemeinschaftliche Bibliothek vom Staate angekauft und der königlichen Universitätsbibliothek überwiesen. Jetzt stellt sich heraus, daß von diesen Büchern kostbare Exemplare, darunter Hand-Exemplare der beiden Gelehrten, welche durch handschriftliche Einzeichnungen wahre Unica geworden sind, unter der Hand verkauft werden. So ist in der letzten Zeit von den Grimm'schen Erben, denen kein anderes Mittel gegen diesen Handel zu Gebote steht, aus den Händen eines Göttinger Antiquars Benecke's Deutsches Wörterbuch zurückgekauft worden, in dessen erstem Theile sich über sechszig handschriftliche Einzeichnungen Jacob Grimm's finden. Es ist zu bedauern, schreibt die „Spenersche Ztg.", daß ein Institut, wie die Bibliothek der königl. Universität, an der Jacob und Wilhelm Grimm einst gelehrt haben, so wenig Werth auf den Nachlaß zweier solcher Männer legt. In Göttingen oder Leipzig, oder an jeder anderen Universität Deutschlands würde dergleichen geradezu eine Unmöglichkeit gewesen sein. Die Frage ist erlaubt und nöthig, wer denn in Berlin für derartige Verkäufe öffentlichen Eigenthums verantwortlich sei.

Staats- und Volkswirthschaft.

Berlin, 17. Oktober. Einer allgemein verbreiteten Annahme zu Folge ist der Entwurf des neuen Reichs-Bank-Gesetzes nunmehr fertig gestellt und zwar in einer Art und Weise, welche die Umwandelung der Preußischen Bank in eine Deutsche Reichsbank unter Modalitäten ermöglichen dürfte, welche sich des vollen Beifalls der Mitbetheiligten der Bank zu erfreuen haben werden. Es ist hierauf wohl die ganz außerordentliche Nachfrage zurückzuführen, welche sich seit einigen Tagen auf der Börse für die Preußischen Bank-Antheilsscheine geltend macht, ohne daß sich Abgeber dafür zeigen.

Berlin, 17. Oktober. Das böse Beispiel der Berlin-Anhaltschen Bahn, sagt die „Börs.-Ztg.", scheint leider nicht ohne Einfluß auf die guten Sitten anderer Bahnverwaltungen bleiben zu sollen. Die Rigorosität, mit der in der neuesten Zeit seitens einzelner Direktionen verfahren wird, giebt mit Recht zu den bittersten Klagen im Handelsstande Veranlassung. So erläßt die Direktion der Berlin-Hamburger Bahn eine Bekanntmachung, daß die bei dem Andrange des Güter-Verkehrs etwa nicht rechtzeitig abgeholten Güter im Freien lagern lassen werde. Es sind zur Zeit, wie immer im Oktober, namentlich die Getreide-Sendungen zur Verschiffung über See, sehr bedeutend, und ist es den Exporteuren beim besten Willen nicht immer möglich, die Sendungen sofort abzunehmen, andererseits entstehen natürlich durch das öftere Umladen erhebliche Mehrkosten. Es ist längst darüber Klage geführt, daß die Güterschuppen zur Aufnahme der ankommenden und abgehenden Güter nicht ausreichen. Statt nun provisorische Einrichtungen zu treffen, da es bekannt, daß sich im Oktober und November der Verkehr regelmäßig hebt, wirft man dem Handelsstande derartige Zumuthungen ins Gesicht. Die Berlin-Hamburger Bahn verfügt in diesem Jahre bereits über eine Mehr-Einnahme von 500,000 Thlr. gegen das Vorjahr und da dürfte es denn doch angezeigt sein, auch dem Handelsstande einige Konzessionen zu machen.

Berlin. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß bei der neuen Emission der Aktien der Preußischen Boden-Kredit-Bank nur auf die sog. alten Aktien eine neue Aktie gegeben wird; die „Börs.-Ztg." bemerkt deshalb ausdrücklich, daß die Gesammtheit aller gegenwärtig zirkulirenden Aktien, der alten sowohl, wie der später emittirten, bezugsberechtigt ist und je eine neue Aktie eine alte erhält.

** **Preußische Bank.** Die Klagen der gesammten Börse über das späte Erscheinen der Wochen-Ausweise der Preußischen Bank haben bisher nicht geholfen. Der Wochen-Ausweis, sonst spätestens Donnerstag Mittags an der Börse bekannt, ist heute (am 17.) bis 2 Uhr dort nicht affichirt worden.

** **Vereinsbank Quistorp u. Co.** In der letzten Sitzung des Aufsichtsraths wurde die Bilanz über die verflossenen 9 Monate vorgelegt. Das jetzt 1,500,000 Thlr. betragende Aktienkapital hat einen Reservefonds zur Seite von 400,000 Thlr., also fast 30 Proz. des Grundkapitals. Die Kontokurrentverbindungen der Bank haben sich sehr bedeutend vermehrt und ihr zuzüglich der Provisionen, die sie durch Ueberführung industrieller Unternehmungen in Aktiengesellschaften verdient hat, einen Reingewinn abgeworfen von ca. 450,000 Thlr., d. h. ca. 30 Proz. für das gesammte Kapital. Hervorzuheben ist hierbei, daß keine sog. Gründergewinne der Bank diesen Gewinn zugeführt haben, sondern daß sie, ihrer Maxime folgend, Alles „kommissionsweise", nichts „fest" übernimmt, wodurch sie ihre Betriebsfonds stets ihrer Klientel zur Verfügung hält. Als Dividende würden sich vorläufig mindestens 18 Proz. ergeben, wenn man den ganz enormen Mehrgewinn, sowie die Erträgnisse des letzten Quartals dem Dividendenkonto des nächsten Jahres gutschriebe.

** **Städtische Bank in Breslau.** Die Verwaltung der städtischen Bank in Breslau hat ein Gesuch um Verlängerung ihres Noten-Privilegiums nachgesucht, dasselbe wird unter der Bedingung einjähriger Kündigung, die dem Staat künftighin zustehen soll, wohl genehmigt werden.

** **Schlesische Tuchfabrik Jer. Sig. Förster u. Co.** Die Direktion der Gesellschaft hat eine außerordentliche Generalversammlung auf den 1. November hierselbst angesetzt, in der über einen Antrag des Verwaltungsrathes, das Gesellschaftskapital auf zwei Millionen Thaler zu erhöhen, Beschluß gefaßt, wie über den Ankauf des Geb-

---

*) Auf diese Zerfahrenheit haben auch wir in unserm letzten Referate über die Korrespondenz des „Kraj" (s. 484, Beilage) hingewiesen: statt dessen hat sich leider in einige Exemplare das Wort: „Zwischenzeit" eingeschlichen, wir bitten statt dessen: „Zerrissenheit" zu lesen.

hardt und Wirth'schen Etabliss ments zu Sorau und über Statuten-Abänderungen berathen werden soll.

** **Kündigungen und Verloosungen.** Badische 35-Gulden-Loose. Prämienziehung vom 30. September. Auszahlung ab 1. April 1873 bei der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse zu Karlsruhe.

Nummern der am 31. August 1872 gezogenen Serien:
93 202 503 949 1206 1281 1414 1489 1531 1622 1701 1952 1957 2010 2021 2403 2420 2428 2430 2610 2631 2645 2665 2837 2881 2910 2956 2969 3019 3048 3275 3396 3475 3572 3738 3786 3813 3946 3955 3987 4011 4047 4053 4208 4211 4228 4587 4806 4861 4876 4911 4914 5290 5306 5601 5623 5819 5859 5860 5881 5898 5996 6048 6396 6464 6591 6664 6711 6753 6773 6804 6889 7726 7736 7753 7818 7857 7864 7956 7966.

Davon gewinnen:
Nr. 197712 a 35,000 Fl.
Nr. 85042 a 10,000 Fl.
Nr. 25126 a 5000 Fl.
Nr. 64010 186853 243786 292982 392823 a 2000 Fl.
Nr. 47414 64023 104062 120989 144020 147769 210356 280037 294047 337606 393172 397793 a 1000 Fl.
Nr. 60259 81063 81086 97833 131502 141808 150906 152393 189263 197702 229309 243030 245663 265297 290943 294873 302380 335505 338618 392839 a 250 Fl.
Nr. 4603 16 31 36 10054 56 58 61 71 77 78 98 100 25101 6 12 22 41 44 47407 24 27 60271 79 92 99 64004 15 27 45 70653 74402 27 37 43 43 76520 31 49 81054 65 73 81 84 98 85003 13 17 21 25 28 49 97559 89 818 40 47 100473 79 101016 17 27 120106 26 27 41 956 68 75 77 86 93 64 121355 65 70 71 88 91 451 53 55 57 67 78 89 90 130458 62 83 131519 28 36 38 41 132241 44 133202 14 17 37 50 141802 3 4 5 12 40 144005 7 10 25 38 39 145463 68 95 98 147757 60 78 92 148402 31 39 47 150901 24 36 40 42 44 152353 65 68 92 95 99 163712 29 33 43 48 169756 58 60 80 173709 34 44 178560 68 81 82 83 86 89 91 186868 73 95 189277 83 93 190604 7 11 14 16 21 197257 78 87 711 21 27 29 32 45 47 199321 34 35 41 42 200302 38 44 202303 7 21 605 23 30 40 210351 90 96 520 27 39 45 211371 84 87 90 229303 10 36 41 50 240251 71 81 82 99 243012 18 35 770 76 245512 38 51 52 54 673 75 76 80 86 99 264455 56 58 70 77 82 93 265274 79 94 99 280107 18 27 50 281110 27 34 45 290906 13 15 17 22 31 38 292903 7 12 13 19 29 42 43 44 58 294011 18 26 44 853 56 59 67 84 90 299778 81 86 89 302382 88 400 319764 75 90 92 96 323156 80 97 329512 29 31 35 45 333160 63 73 78 95 97 335114 15 16 19 27 29 35 337623 47 338609 15 36 46 340163 99 344411 31 48 386258 68 70 92 99 753 57 65 387609 24 40 43 47 390851 54 86 95 392815 26 27 393155 58 62 71 77 82 91 397754 73 97 398255 56 62 87 95 a 65 Fl.
Alle anderen Nummern obiger Serien a 45 Fl.

** **Rheinische Eisenhahn.** Betriebs-Einnahmen im Monat September 1872. (Nach vorläufigen Ermittelungen.)

I. Für sämmtliche Haupt- und Zweigbahnen, excl. Call-Trier.

Für Personen	405,700 Thlr.
„ Militär	4,300 „
„ Güter	600,000 „
Extraordinaria	14,600 „
Summa	1,024,600 Thlr.
Im Septbr. 1871 wurden eingenommen	1,014,077 „
Mithin pro 1872 mehr	10,523 Thlr.

II. Für die Strecke Call-Trier, wovon Call-Gerolstein am 15. Novbr. 1870 und Gerolstein-Trier am 17. Juli 1871 eröffnet worden ist.

September 1872.

Für Personen	13,710 Thlr.
„ Militär	390 „
„ Güter	23,050 „
Extraordinaria	25 „
Summa	37,175 Thlr.
Im Septbr. 1871 wurden eingenommen	26,944 „
Mithin pro 1872 mehr	10,231 Thlr.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Ueber Bauzäune.

Am Wilhelmsplatze befindet sich vor dem Kronthalschen Gebäude, dessen Vorderfront gegenwärtig abgebrochen wird, ein musterhafter Bauzaun, welcher derartig eingerichtet ist, daß trotz des Abbruchs die Passage auf der kleineren Hälfte des Trottoirs nicht gehemmt, und die Vorübergehenden gegen etwa herabfallende Steine und Staub durch eine feste Bretterdecke vollkommen gesichert sind. Gegen diesen Bauzaun kontrastirt ganz außerordentlich das häßliche Baugerüst nebst obligatem Surrogat von Bauzäunen an der Raczynskischen Bibliothek, wo die fußbreit hervorragenden Bretter jedem Vorübergehenden Gefahr drohen. Der Abputz des Gebäudes hat vor etwa vier Wochen begonnen, und soll nach einem vielfach verbreiteten Gerüchte erst im nächsten Frühjahre beendet werden, so daß möglicherweise das schöne Gerüst den ganzen Winter hindurch stehen bleiben, und dadurch die Passage in der empfindlichsten Weise gestört werden wird.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 20. Oct., Vormittags 10 Uhr: Herr Superintendent **Klette.** — Nachmittags 2 Uhr: Herr Pastor **Schlecht.**

Petrikirche. Sonntag den 20 Oct., früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konsist.-Rath Dr. **Goebel.** — Abends 6 Uhr, Missionsstunde: Herr Diakonus **Goebel.**

St. Pauli-Kirche. Sonntag den 20. October, Vormittags 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Pastor **Schlecht** — 10 Uhr Predigt: Hr. Konsistorial-Rath **Reichard.**

Freitag den 25. October, Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Konsist.-Rath **Reichard.**

Garnisonkirche. Sonntag den 20 October, Vormittags 10 Uhr: Herr Militair-Oberpfarrer **Händler.**

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 11. bis 17. October:

getauft: 5 männl., 5 weibl. Pers.,
gestorben: 5 männl., 9 weibl. Pers.,
getraut: 5 Paar.

Verspätet.

Paul Lachmann,
Anna Lachmann,
geb. Müller
Vermählte.
Polanowitz bei Kruschwitz im Oktbr.

Heute Mittag 1 Uhr wurde meine geliebte Frau Lina, geb Philippsthal von einem kräftigen Knaben schnell und glücklich entbunden.

Posen, den 6. Oktober 1872

Julius Brandes.

Ihre am heutigen Tage vollzogene eheliche Verbindung beehren sich ergebenst anzuzeigen.

Ferdinandshof den 16 Oktober 1872.

Adolph Raabe,
Helene Raabe,
geb. Schoel.

Börsen-Telegramme.

Posener Privat-Marktbericht vom 18. Oktober 1872.

Weizen: fest.	p. 1050 Kil	feiner	93—96 Thlr	feinste Waare über Notiz.
		mittel	84—88 „	
		ordinär und defekt	75—80 „	
Roggen: höher.	p. 1000	feiner	59—61 „	
		mittel	57—58 „	
		ordinär	55—56 „	
Gerste: beachtet.	p. 925	feine	48—50 „	
		mittel und ordinär	44—46 „	
Leinsaamen: unverändert.	p. 925		75—80 „	
Hafer: fest.	p. 625	feiner	29—30 „	
		mittel und defekt	27—28 „	
Erbsen: still.	p. 1125	Koch-	54—57 „	
		Futter-	49—50 „	
Oelsaaten: behauptet	p. 1000	Raps	100—103 „	
		Rübsen	100—103 „	
Wicken:	p. 1125			
Klee:	p. 50	roth		
		weiß		
Buchweizen: ohne Umsatz.	p. 875		42—45 „	

Börse zu Posen

am 18. Oktober 1872.

Geschäftsabschlüsse sind nicht zur Kenntniß gelangt.

Privat-Cours-Bericht.

Posen 18 Okt. **Tendenz:** Geringes Geschäft.

Deutsche Fonds	
Posen. 3½proz. Pfandbr.	94 B
dito 4proz. Pfandbr.	91⅞ bz
dito 4proz. Rentenbr.	94¾ G
dito 5proz. Prov.-Obl.	100¼ bz
dito 5proz. Kreis-Obl.	100 bz
dito 4½proz. Kreis-Obl.	91 B
dito 4proz. Stadtoblg	88 G
dito 5proz. Stadtobl.	100 bz
Nordd. Bundesanl.	100⅛ G
Preuß. 4½proz. Konsols	103⅜ bz
dito 4proz. Anleihe	95 bz
dito 3½proz. Staatsch.	89 bz
Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S.	96 B

Ausländische Fonds.	
Amer. 6proz. 1882 Bonds	96⅛ B
dito dito 1885 Bonds	97½ B
Oesterr. Papier-Rente	60¼ bz
dito Silberrente	65 bz G
dito Loose von 1860	94⅛ bz
Italienische Rente	66⅛ bz
Russisch-engl. 1870er Anl	91⅛ G
dito dito 1871er Anl.	91½ bz
Russ. Bodenkredit-Pfdbr.	93¼ bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	64¼ G
Türk. 1865 5proz. Anl.	51⅞ bz
dito 1869 6proz. Anl.	62½ B
Türkische Loose	175 B
Russische Noten	83¼ bz
Oesterreichische Noten	92⅛ bz

Bank-Aktien.	
Berliner Bankverein	160 G
dito Bank	128 G
dito Produkten-Handbk.	91 G
dito Wechsler-Bank	86 B
Breslauer Diskontobank	141 G
Berl. Disk.-Kommandit	33½ G
Zentral-Genoss.-Bank	147½ bz
Deutsch. Hyp. Bk. Berlin	98 G
Zentralb. f. Ind. u. Hand	122½ G
Kwilecki, Bank f. Ldw.	102½ B
Meininger Kreditbank	160⅞ bz
Oesterr. Kredit	203⅞ bz
Ostdeutsche Bank	110¼ bz B
Ostd. Produktenbank	90 B
Pos. Pr. Wechsl.-Disk B	101 G
Pos. Provinzial-Bank	114 bz
Pos. Bau-Bank	— —
Schles. Bankverein	174 bz
Tellus-Aktien	105¾ B
Preuß. Kredit	143½ G
dito Bodenkredit	252½ bz G

Eisenbahn-Aktien.	
Aachen-Mastricht	48 G
Bergisch-Märkische	137 bz
Berlin-Görlitzer St.-A	107⅛ bz
Böhmische Westbahn	111⅛ bz
Brest Grajewo	39¾ B
Crefeld, Kr. Kemp. 6pr.	92⅞ bz
Köln-Mindener	171½ bz
Galizier (Carl-Ludwb.)	10⅛ b
Halle-Sorau-Guben	67⅛ bz
dito Stammprior.	87⅛ bz
Hannover-Altenbecken	74¾ G
Kronprinz-Rudolphsb.	82 B
Lüttich-Limburg	32½ G
Märkisch-Pos. St.-Akt.	58⅞ bz
dito Stamm-Prior.	82¾ bz
Magd.-Halberstdt. 3½pr.	87 bz B
Oestr.-Franz. Staatsb.	204½-5 bz B
Oesterr. Südb. (Lomb.)	—
ultimo	125⅛ bz
Ostpreuß. Südbahn	47 G
Rechte Oderuferbahn	130⅞ bz
Reichenberg-Pardubitz	80¾ G
Rhein-Nahe	51⅝ b G
Schweizer Union	30⅛ bz G
dito Westbahn	53¼ bz
Stargard-Posen	99⅛ G
Rumänische	48½ bz

Industrie-Aktien	
Marienhütte	108 G
Redenhütte	139¼ G
Berl. Holzkomptoir	115 G
Berl. Viehhof	100⅛ bz
Hoffmann Waggonfabr.	87 B
Lauchhammer	122 B
Pos. Bierbrauerei	100 G

Prämienschlüsse: —

[Privatbericht.] Wetter: schön. **Roggen** (pr. 1000 Kilog.) fester. Kündigungspreis —. pr. Oktbr 55⅞ bz. u. G, 56 B, Oktbr.-Nov 55 B, Nov.-Dez. 54½ G. ¾ B, Dez.-Janaur 54½ bz. u G., Frühjahr 54½—$\frac{7}{12}$ bz. u. G., April-Mai 55 G., 55¼ B., Mai-Juni 55 G., 55¼ B

Spiritus (pr 10,000 Liter pCt.) behauptet. Kündigungspreis —. per Oktober 18⅞ B. ⅝ G., Nov. 18⅛ bz. u. B. Dezbr. 18⅛ bz. u. B. Januar 18⅛ bz. u. G., Febr. 18⅛ bz. u G., März do, April 18¼ G., ⅛ B, April-Mai $18\frac{11}{24}$ bz. u B.

Breslau, 17. Oktober. Günstige auswärtige Kurse beeinflußten die heutige Börse in hohem Grade. Die Umsätze welche größere Dimensionen annahmen, konzentrirten sich auf Oesterr. Spekulationswerthe. welche sämmtlich bedeutende Kurserhöhungen aufweisen. Banken höher, jedoch mit Ausnahme von Schlesischen Bankverein und Maklerbank leblos. Industrieeffekten weniger beachtet. Der Börsenschluß war für Kredit und Franzosen sehr fest, für Lombarden matt. Kredit 204⅞ eröffnend, fielen bis 204½ und schlossen 04⅞. Franzosen 204 a 204¾ bez. Die Minder-Einnahme von nur 80,000 Gulden war bekannt. Lombarden 121¾ in großen Posten gehandelt, stiegen bis 125⅛ und schlossen 125½. Galizier 105 Gd. Breslauer Maklerbank in großen Summen bis 172 bez. u Gd. Schles. Bank 174½ bez. bei recht lebhaften Umsätzen. Wechslerbank 138½ bez. u. Br. Junge Diskontobank 133 a ½ a ¼ bez. Boden-Kredit 111 gesucht. Kassenverein zu weichenden Kursen angeboten. Bahnen belebt. Oberschles. A. u. C. höher. Oder-Ufer wenig verändert. Laura in schwachem Verkehr 227 a 227½ bez. u. Br. Immobilien ziemlich fest, 150 bez. u. G. Oberschl. Eisenbahnbed. blieben bei geringem Geschäft unter Notiz offerirt. Fonds still. Italienische Rente begehrt u. höher. Berliner und Wiener Anfangskurse bekannt und auf das Geschäft der Nachbörse einflußlos. Prämien. Kredit 206 1½ bez Lomb. 126—1 Br. Maklerbank 173½—2 bz. u. Gd. Schles. Bod. Kred.-Pfdbr. 99 Gd. Schles. Boden-Kredit 111 Gd.

Produkten-Börse.

Stettin, 17. Oktbr. [Amtlicher Bericht.] Wetter: schön. + 11° R. Barometer 28 3. Wind: SO — **Weizen** per Okt. höher, spätere Termine unverändert, p 2000 Pfd. loko gelber geringer 45—65 Rt., besserer 67—76 Rt., feiner bis 81 Rt, Okt 81⅞ 82⅞ 82 bz. Okt.-Nov. 81⅛ ¼ bz. Nov.-Dez. —, Frühjahr 81, 81¼ bz. — **Roggen** wenig verändert p. 2000 Pfd loko alter 50—54 Rt. neuer 53—57 Rt., Okt u Okt.-Nov. 52 52¼ bz. Nov.-Dez. 52½ ⅝ bz. Dez.-Jan. —, Frühjahr 54½ ⅛ bz., Mai-Juni 54½, ¾ bz. — **Gerste** niedriger bz., p. 2000 Pfd. loko 52—59 Rt. — **Hafer** matt, p. 2000 Pfd. loko 38—45 Rt. Frühjahr 46 bz. — **Erbsen** geschäftslos. — **Winterrübsen** unverändert, p 2000 Pfd. loko 1 abgel. Anmeld gestern 102 bz., loko 100—103 Rt., Okt 103½ B, Nov 104½ B. — **Rüböl** unverändert, p. 200 Pfd. loko 23⅞ Rt. B. Anmeld. 23$\frac{1}{12}$ B., 23 G., Okt. 23⅛ ⅙, ⅛ bz. u G., Okt.-Nov 23 do. Nov.-Dez. —, April-Mai 2⅛ G. — **Spiritus** loko höher bz. Termine wenig verändert, p. 100 Liter a 100 % loko ohne Faß 19⅔, ½ $\frac{7}{12}$, ⅝ bz. Okt. 19⅛ bz u B. Okt.-Novbr. 18⅞ B, $\frac{7}{12}$ G., Nov.-Dez. 18⅛ bz ⅛ B, Frühjahr 18⅔, $\frac{17}{24}$, ¾ bz — **Angemeldet:** 3000 Ctr Roggen, 400 Ctr. Rüböl, 20,000 Liter Spiritus — **Regulirungspreis** für Kündigungen: Weizen 82½ Rt. Roggen 52⅛ Rt., Rüböl 23⅛ Rt., Spiritus 19⅛ Rt. — **Petroleum** loko 6$\frac{11}{12}$ B., Regulirungspreis 6⅞ Rt., Okt.-Nov. $6\frac{19}{24}$ bz, 6⅞ B, Nov.-Dez. 6⅞ B, Dez. 7 bz., Dez.-Jan 7 B.

(Ostf.-Ztg.)

Magdeburg, 16 Oktober. Weizen 74—82 Rt., Roggen 55—61 Rt., Gerste 56—72 Rt., Hafer 47—50 Rt. für 2000 Pfd. (B. u. Hdls.-Z.)

Königsberg, 16. Oktbr. (Amtlicher Produktenbericht. In Quantitäten pro Tonne von 2000 Pfd. Zollgewicht.) — Weizen loko flau, hochbunter 84—90 Rt. B. bunter 76—85 Rt. B., rother 75—82 Rt. B. — Roggen loko still, inländischer 46—53 Rt. B., loko russischer 43—50 B., pro Okt 51 B., 50 G, pro Frühjahr 1873 51½ Rt. B., 51 G. — Gerste loko große 42—54 Rt. B., kleine 42—52 Rt. B. — Hafer loko 33—42 Rt. B., pro Frühjahr 1873 43½ B., 42⅞ G. — Erbsen loko weiße 45—52 Rt B., graue 50—67 B. grüne 48—60 B. — Bohnen loko 45—50 Rt B. — Wicken loko flau, 37—42 Rt. B — Leinsaat loko flau, feine 80—90 Rt. B., mittel 65—80 Rt. B., ordinäre 45—65 Rt. B. — Rübsaat loko pro 200 Pfd. 93—102 Rt. B. — Kleesaat loko rothe pro 200 Pfd — Rt. B. weiße — Rt. B. — Thymotheum loko pro 200 Pfd — Rt B. — Rüböl loko pro 100 Pfd. ohne Faß Rt. B. — Leinöl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 13 Rt. B. — Rübkuchen pro 100 Pfd 2$\frac{5}{12}$—2½ Rt B. — Leinkuchen pro 100 Pfd. — B.

Spiritus-Bericht. Spiritus loko ohne Faß per 100 Litres pro 100 pCt. Tralles und in Posten von mindestens 5000 Litres loko ohne Faß 21 Rt. B., 20½ G, pro Okt. ohne Faß 20½ B., 20$\frac{5}{12}$ G. (K. H. Z.)

Breslau, 17. Oktbr. (Amtlicher Produkten-Börsenbericht.) **Roggen** (p. 1000 Kilo) behauptet, pr Okt. 58—58⅞—58½ bz, Okt.-Nov 57 bz u. G, Nov.-Dez. 56⅞ bz. Dez.-Jan —, April-Mai 1873 56⅞ B — **Weizen** per 1000 Kilo per Okt 85 B — **Gerste** per 1000 Kilo per Okt. 52 G. — **Hafer** per 1000 Kilo per Okt. 43 bz. u. G., April-Mai 45½ G. — **Raps** per 1000 Kilo per Okt. 111 G. — **Rüböl** per 100 Kilo lauf Monat höher ohs 24½ B, pr Okt. 24 24$\frac{1}{12}$ 24 bz., Oktbr.-Novbr. v. Nov.-Dez. 23⅞ B, Dez.-Januar —, April-Mai 1873 24 bz. — **Spiritus** pr. 100 Liter à 100 % fester, loko 19½ B., 19 G., per Oktbr $19\frac{5}{24}$ bz., Okt.-Nov. 18$\frac{5}{12}$ B, Nov.-Dez. 18⅛ G, Dez.-Jan — April-Mai 1873 18⅞ ¾ bz. — **Zink** fest

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 17 Oktbr.

Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeil. Kommission. In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

	feine Thl	Sgr	Pf	mittle Thl	Sgr	Pf	ord. Waare Thl	Sgr	Pf
Weizen w.	9	5	—	8	12	—	7	5	—
do g.	8	19	—	8	2	6	7	—	—
Roggen	6	6	—	5	27	—	5	16	—
Gerste	5	12	—	5	10		5		—
Hafer neu	4	12	—	4	6	—	4	4	—
Erbsen	5	15	—	5	—	—	4	20	—

Festst. d. v. d. Handelsk. eing. Komm. Per 100 Kilogramm Netto

	feine Thl.	Sgr	Pf.	mittle Thl.	Sgr	Pf.	ord. Waare Thl.	Sgr	Pf.
Raps	11	—	—	10	5		10	—	—
Winterrübsen	10	7	6	9	22	6	9	—	—
Sommerrübsen	10	—		9	5	—	8	5	—
Dotter	9	—		8	10	—	7	15	—
Schlaglein	9	5	—	8	20		7	2	6

Neueste Depeschen.

München, 18. Oktober. Gutem Vernehmen nach genehmigte der König die Neuformation der bairischen Artillerie entsprechend derjenigen der preußischen. Die diesbezügliche Publikation wird demnächst erwartet.

(Vorstehende Depesche wiederholen wir, weil sie nicht in allen Exemplaren der Morgen-Ausgabe Aufnahme gefunden hat.)

Madrid, 17. Oktober, Abends. Die Aufständischen in Ferrol haben, ohne einen Angriff abzuwarten, in der Richtung nach Seyo, welches von Karabiniers besetzt ist, die Flucht ergriffen. Die Truppen besetzten das Arsenal und machten 500 Gefangene.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.